

Zweitveröffentlichung/ Secondary Publication



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

<https://media.suub.uni-bremen.de>

Rogowski, Wolf

Ideale ohne Ideologie in der Ökonomik. Evidenzbasierte Verbindung positiver und normativer Ökonomik als Mittel der Ideologiekritik

Journal Article as: peer-reviewed accepted version (Postprint)

DOI of this document* (secondary publication): <https://doi.org/10.26092/elib/3298>

Publication date of this document: 06/09/2024

* for better findability or for reliable citation

Recommended Citation (primary publication/Version of Record) incl. DOI:

Rogowski, Wolf. 2023. Ideale ohne Ideologie in der Ökonomik. Evidenzbasierte Verbindung positiver und normativer Ökonomik als Mittel der Ideologiekritik . In: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik, Jahrgang 23 (Heft 1), S. 57-92. Nomos. DOI: <https://doi.org/10.5771/1439-880X-2022-1-57>.

Please note that the version of this document may differ from the final published version (Version of Record/primary publication) in terms of copy-editing, pagination, publication date and DOI. Please cite the version that you actually used. Before citing, you are also advised to check the publisher's website for any subsequent corrections or retractions (see also <https://retractionwatch.com/>).

This document is made available with all rights reserved.

Take down policy

If you believe that this document or any material on this site infringes copyright, please contact publizieren@suub.uni-bremen.de with full details and we will remove access to the material.

*Wolf Rogowski**

Ideale ohne Ideologie in der Ökonomik**

Evidenzbasierte Verbindung positiver und normativer Ökonomik als Mittel der Ideologiekritik

Wie kann Ökonomik Ideale guten Wirtschaftens aufgreifen, ohne ideologisch zu werden? Die Perspektiven verschiedener ökonomischer Forschungsprogramme auf COVID-19 verdeutlichen die Komplementarität positiver und normativer Ökonomik: (Normative) Ideale bieten Orientierung für (positive) Forschung. Unterbleibt jedoch ein Abgleich der Werte, die eine ökonomische Frage relevant machen, mit denen, die bei der Entwicklung der Theorie bzw. zur Analyse der Frage Pate standen, entsteht Ideologie. Das Konzept der Evidenzbasierung aus Medizin und Public Health könnte diesen Abgleich fördern.

Schlagwörter: Positive, normative und angewandte Ökonomik; Ideologie; Gesundheitsökonomik; Wissenschaftstheorie; Ethik

Ideals sans Ideology in Economics

Evidence-based Conjunction of Positive and Normative Economics for Preventing Ideology

How can economics draw upon ideals without turning into ideology? The perspectives of different economic research programs on COVID-19 illustrate that positive and normative economics are complementary: (normative) ideals provide orientation for (positive) research. However, unless the values which render an economic question relevant are aligned with those which inspired the theory used for the analysis of the problems at stake, ideology emerges. The concept of evidence-based medicine may facilitate such an alignment.

Keywords: Positive, Normative and Applied Economics; Ideology; Health Economics; Theory of Science; Ethics

1. Hintergrund

Ökonomik ist ›Erklärung zwecks Gestaltung‹: Zwar geht es ihr einerseits darum, wirtschaftliche Sachverhalte zu erklären oder zu prognostizieren. Andererseits gehen Ökonom*innen typischerweise über die Analyse dessen, was ist, hinaus, und geben Empfehlungen zur Lösung oder Linderung von Problemen, für die

* Prof. Dr. Wolf Rogowski, Universität Bremen, Gazer Straße 2a, 28359 Bremen, Tel.: +49-(0)4211-218-68835, E-Mail: rogowski@uni-bremen.de, Forschungsschwerpunkte: Nachhaltigkeit im Gesundheitswesen, gesundheitsökonomische Evaluation, Wissenschaftstheorie und Ethik der Gesundheitsökonomik.

ökonomischer Sachverstand eingeholt wird (vgl. Homann et al. 2005: 24f.). Da ist es problematisch, wenn ökonomische Aussagen zu dem untersuchten Problem nicht einem gängigen Konzept von Wissenschaft entsprechen, also möglichst wahr und gehaltvoll sind (vgl. Schurz 2014: 23), sondern eher einem von (im Folgenden negativ aufgefasster) Ideologie, also Wahrheit nur suggerieren und einen zumindest teilweise falschen Eindruck erwecken sowie möglicherweise sogar dazu dienen, verdeckt den Interessen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen zu dienen (vgl. Matiaske et al. 2021: 10).

Man stelle sich beispielhaft vor, ein Beratungsunternehmen, welches wirtschaftsliberalen Positionen und Parteien nahesteht, führte angesichts der COVID-19-Pandemie eine ökonomische Analyse zu erstmals erhältlichen Impfungen durch. Die Neoklassik konzipiert ökonomische Probleme als Probleme von Angebot und Nachfrage souveräner Individuen auf Märkten. Impfungen beinhalten ein Aufklärungsgespräch, sodass man von informierten Kunden ausgehen kann. Zudem besteht zumindest in der Anfangsphase der Pandemie noch nicht das Problem, dass eine zu geringe Impfbereitschaft das Erreichen von Herdenimmunität gefährden würde, sodass auch positive Externalitäten von Impfungen (vgl. Breyer et al. 2013: insbes. 181–184) weniger relevant sind. Das in empirischen Methoden und Theorie der Neoklassik ausgebildete Beratungsunternehmen könnte auf dieser Basis eine an gesundheitspolitische Entscheidungsträger*innen gerichtete ökonomische Expertise erstellen. Im Hinblick auf anstehende Entscheidungen über die Gestaltung von Impfprogrammen könnte es bspw. auf Basis einer Darstellung der Marktverzerrungen durch staatliche Eingriffe empfehlen, auf öffentliche Programme zu verzichten und anstelle dessen lieber Markteintrittsbarrieren der Gesundheitswirtschaft abzubauen. Sie könnte ergänzend empirische Analysen zur Zahlungsbereitschaft für COVID-19-Impfungen durchführen. Auf Grundlage der Ergebnisse könnte es belegen, dass der gesellschaftliche Mehrwert von Impfungen unter den Leistungsträger*innen der Wirtschaft, gemessen an durchschnittlicher Zahlungsbereitschaft in Abhängigkeit vom Einkommen (vgl. Cerda et al. 2021; Harapan et al. 2020; Qin et al. 2021), am größten ist. Dies könnte es als weiteren Beleg für die Effizienz von Märkten auch in der Gesundheitswirtschaft heranziehen und als Argument für Markteinführungen von Impfungen mit flexibler Preisgestaltung verwenden.

Die Beratungsgesellschaft könnte sich dabei auf höchste wissenschaftliche Standards stützen. Gleichzeitig ist zu erwarten, dass die meisten Leser*innen dieses Artikels diese Analyse und ihre Implikationen zumindest als ›irgendwie falsch‹ einschätzen würden, selbst wenn sie neoklassische Ökonomik lehren. Woran liegt dies, und was sind die Implikationen für ökonomische Forschung, Lehre und Praxis?

Diese Arbeit entfaltet die These, dass das Problem in einem fehlenden Abgleich der Perspektiven positiver und normativer Ökonomik besteht, den man als ›ideologische Ökonomik‹ bezeichnen könnte. Hierzu sollen zunächst die Verwendung der Begriffe ›normative‹ und ›positive Ökonomik‹ in dieser Arbeit geklärt werden, da sie unterschiedlich definiert werden können.

Im Interesse möglichst guter Anschlussfähigkeit an bestehende Forschung und Lehre wird ›Ökonomik‹ im Folgenden entsprechend der wohl am weitesten verbreiteten Konvention als die Wissenschaftsdisziplin verstanden, die sich mit dem Ökonomischen (vgl. Trautnitz 2008: 246f.) befasst, bzw. dem Problem der rationalen Allokation knapper Ressourcen (vgl. Robbins 1932). Obgleich man bei Lionel Robbins normative Konnotationen dieser Definition identifizieren kann (vgl. dazu die Ausführungen zur Neoklassik in diesem Betrag und z. B. in Yamamori 2020), ist die Orientierung am Knappheitsbegriff nach Trautnitz prinzipiell wertneutral: Die Annahme von universeller Knappheit als Ausgangsproblem der Ökonomik impliziert einen gedanklichen Überblick über alle möglichen Zwecksetzungen, die nach ihrer Wertigkeit zu ordnen und mit den Handlungsalternativen abzugleichen sind (vgl. Trautnitz 2008: 240 bzw. Kap. 6 insgesamt). Dies lässt prinzipiell Raum, jenseits individueller, subjektiver Bedürfnisse bspw. auch Zwecksetzungen politischer Akteure (wie gesundheitspolitische Entscheidungsträger*innen) sowie objektive Bedarfe (wie den Bedarf nach Gesundheit, der die Voraussetzung zum Verfolgen sonstiger subjektiver Zwecksetzungen ist) in die Analyse einzubeziehen. Es lässt auch Raum für unterschiedliche Formen von Rationalität in der Bewältigung der Knappheit (vgl. zu einer ausführlich gearbeiteten Unterscheidung: Hahn 2017), die sich in Unterschieden verschiedener ökonomischer Theoriefelder widerspiegeln (vgl. dazu Rogowski et al. 2021). So enthält ein breites Verständnis rationalen Handelns bspw. »überindividuell regelrationales Handeln« oder »faustregel-rationales Handeln« (Hahn 2017: 324), welche eine zentrale Rolle in der Neuen Institutionenökonomik bzw. der Verhaltens- und Evolutorischen Ökonomik spielen (vgl. Rogowski et al. 2021).

Die folgenden Ausführungen gelten auch für andere Definitionen von ›Ökonomik‹, sodass die Knappheitsdefinition nicht zwingend vorausgesetzt wird. Eine detaillierte Analyse anderer Definitionen, ihrer ideengeschichtlichen Einordnung und ihrer Bezüge zu ideologischer Ökonomik würde jedoch den Raum einer eigenständigen Arbeit beanspruchen.

Als ›normativ‹ werden sowohl evaluative, d. h. wertende, als auch präskriptive, d. h. vorschreibende, Urteile verstanden (vgl. Precht et al. 2008; Vossenkuhl 2017). Im Gegensatz zu ›positiven‹ Urteilen, die im Hinblick auf Übereinstimmung mit dem beschriebenen Sachverhalt vorläufig verifiziert bzw. falsifiziert werden können, bedarf das Normative einer nicht-empirischen Begründungsinstanz wie bspw. einer ethischen Theorie relevanter Werte des Wirtschaftens. Dementsprechend wird im Folgenden als Ziel positiver Ökonomik aufgefasst, möglichst gehaltvolle Aussagen, Gesetze oder Theorien über das Ökonomische zu entwickeln und empirisch zu überprüfen (vgl. Schurz 2014: 23). Normative Ökonomik wird im Sinne von ›Ethik der Ökonomik‹ aufgefasst als Analyse damit verbundener evaluativer und präskriptiver Fragestellungen. Sie kann auch im Sinne deskriptiver Ethik allein in beschreibender und erklärender Absicht vorgenommen werden.

Bei der Analyse von Werturteilen in der Wirtschaftswissenschaft sind grundsätzlich wissenschaftsinterne und -externe Werte zu unterscheiden: Schon das Ziel von Wissenschaft, möglichst allgemeine und gehaltvolle Aussagen, Gesetze oder Theo-

rien über ihren Untersuchungsgegenstand zu entwickeln, ist ein Werturteil, und es gibt verschiedene, damit verbundene wissenschaftsinterne Werturteile, die ›gute‹ wissenschaftliche Praxis prägen (vgl. ebd.: 44–46). Soweit wissenschafts- und externe Werte im untersuchten Einzelfall voneinander abgrenzbar sind, bezieht sich normative Ökonomik auf letztere.

Normative Ökonomik beinhaltet die traditionelle Wohlfahrtsökonomik, also die Analyse von Methoden, um eine Rangordnung möglicher Zustände der Welt zu erzielen (vgl. Boadway et al. 1984: 1). Sie ist im Weiteren jedoch nicht wie die welfaristische Wohlfahrtsökonomik auf eine Bewertung anhand subjektiver Präferenzen beschränkt, sondern bezieht andere Wertmaßstäbe wie bspw. Capabilities mit ein (vgl. Sen 1999 sowie den Abschnitt 2.4). Zudem bezieht es die Wertvorstellungen bzw. Ideale ›guten‹ Wirtschaftens mit ein, die (ggf. auch implizit und unreflektiert) einen Einfluss auf Entwicklung und Rezeption ökonomischer Theorien ausüben sowie ethische Theorien, mit denen diese Wertvorstellungen begründet werden können.

In Orientierung an Robbins sowie an Milton Friedman (vgl. Friedman 1953: 4) werden normative und positive Ökonomik häufig als dichotom und voneinander unabhängig aufgefasst und mit Verweis auf ein nonkognitivistisches Verständnis normativer Aussagen ein Schwerpunkt auf die positive Ökonomik gelegt (vgl. Hands 2012). Diese Dichotomie erfährt jedoch neben diversen Diskussionsbeiträgen seitens der Ethik zunehmend auch Kritik aus wissenschaftstheoretischer Perspektive: Nicht nur die Wahl der Fragestellung, sondern auch Theoriebildung, Konzeptspezifikation und Operationalisierung, Modellierung, Hypothesentests und die Entscheidung zur Annahme von Hypothesen der augenscheinlich positiven Ökonomik beinhalten vielfältige normative Annahmen (vgl. Malecka 2021). Und methodische Entscheidungen haben, gerade in der Ökonomik, starken Einfluss auf das Ergebnis (vgl. Huntington-Klein et al. 2021).

Eine Möglichkeit, am Ideal wissenschaftlicher Wertneutralität festzuhalten und gleichzeitig normative Erwägungen angemessen zu berücksichtigen, besteht in der Unterscheidung verschiedener Phasen bzw. Kontexte des Forschungsprozesses: Im Entstehungskontext werden wissenschaftliche Probleme konzipiert; im Begründungskontext werden Hypothesen generiert und empirisch überprüft; im Verwertungskontext wird wissenschaftlich gesichertes Erkenntnis zu unterschiedlichen gesellschaftlichen Zwecken verwertet. Zweifelsfrei spielen wissenschaftsexterne Werte eine Rolle in der Konzeption wissenschaftlicher Probleme, wie etwa bei der Entscheidung, welche Aspekte der Wirklichkeit relevante Untersuchungsgegenstände ökonomischer Theorien sein sollten. Auch der Verwertungskontext ökonomischer Erkenntnisse ist durchdrungen von wissenschaftsexternen Werten, die – etwa bei der Anwendung neoklassisch inspirierter gesundheitspolitischer Gestaltungsvorschläge – im politischen Diskurs unüberhörbar geäußert werden. Entsprechend kann man die Forderung nach wissenschaftlicher Wertneutralität dahingehend spezifizieren, dass nur im Begründungszusammenhang wissenschaftsexterne Werte keine Rolle spielen dürfen (vgl. Schurz 2014: 45).

›Wertneutralität‹ besteht dabei gerade nicht in der Ignoranz von Werturteilen – im Gegenteil: Werturteile im Entstehungskontext ökonomischer Theorien legen

fest, welche Aspekte ökonomischer Phänomene untersucht werden und infolgedessen, welche verwertbare Erkenntnis überhaupt gewonnen werden kann. Daher darf diese Selektion relevanter Phänomene im Entstehungskontext nur vorläufig geschehen und muss durch Erkenntnisse späterer Phasen korrigierbar sein, damit der Begründungszusammenhang dem Anspruch von Wertneutralität genügen kann. So ist bspw. denkbar, dass im Rahmen der Verwertung neoklassisch gewonnener Erkenntnisse in Form marktorientierter Gesundheitsreformen die Sorge vor sinkender medizinischer Versorgungsqualität oder zunehmender gesundheitlicher Ungleichheit laut wird. Um die Reform wissenschaftlich neutral untersuchen zu können, müsste die Analyse jenseits von Preisen, Angebot und Nachfrage auf solche weiteren Aspekte ausgedehnt werden (vgl. Schurz 2014: 46).

Ogleich die Unterscheidung zwischen wissenschaftsinternen und -externen Werten sowie zwischen den Forschungsphasen hilfreich ist und die weiteren Ausführungen im Wesentlichen prägen, ist sie nicht immer trennscharf möglich. So könnte man bspw. mit Verweis auf die wissenschaftlich-kritische Grundhaltung (vgl. ebd.: 24) für Hypothesentests auch im empirischen Forschungsfeld der gesundheitsökonomischen Evaluation argumentieren. Geht man stattdessen davon aus, dass sich gesundheitspolitische Entscheidungsträger*innen risikoneutral am maximalen Gesundheitsgewinn für die Bevölkerung ausrichten sollten, kann man anstelle von frequentistischen für bayesianische Methoden in der gesundheitsökonomischen Evaluation eintreten (vgl. Claxton 1999). Aus identischen Daten bspw. zur Kosteneffektivität einer Impfung bei einer Zahlungsbereitschaft von 50.000 EUR pro Lebensjahr (wobei derartige Schwellenwerte ein separates Forschungsthema normativer wie positiver Ökonomik darstellen, vgl. hierzu bspw. Claxton et al. 2015; Culyer et al. 2007; Grosse 2008; Lübke 2015; Rogowski et al. 2009) können dann, je nach Auswertungsmethodik, unterschiedliche Ergebnisse generiert werden (z. B. aus frequentistischer Sicht ›bei Signifikanzniveau von 5 % nicht kosteneffektiv‹ und gleichzeitig aus bayesianischer Sicht ›aufgrund des positiven Erwartungswertes kosteneffektiv‹).

Bereits bei Max Weber werden empirische Forschung zu vorliegenden Werten, Analyse logischer Beziehungen zwischen Wert- und Normsätzen und normative Analyse im Sinne hypothetischer Imperative als wertneutral akzeptiert (vgl. Schurz 2014: 40f.; Winckelmann 1968: 500f.). Gerhard Schurz schränkt den Geltungsbereich des Gebots weiter ein auf den Begründungszusammenhang (vgl. Schurz 2014: 45f.). Im Folgenden wird der Anspruch an die Wertneutralität ›positiver‹ Forschung insofern weiter eingeschränkt, als auch die zu Beginn des letzten Absatzes genannten Grenzfälle als wertneutral aufgefasst werden – falls die implizierten Werturteile ausgewiesen werden, auf den hypothetischen Charakter normativer Schlussfolgerungen aufmerksam gemacht wird und Forschung mit aufgrund anderer normativer Erwägungen anderen Theorien und Methoden bewusst zugelassen und in die kritische Diskussion von Ergebnissen mit einbezogen wird. Angesichts der Vielfalt impliziter, normativ relevanter Theorie- und Methodenentscheidungen in der Ökonomik (vgl. Malecka 2021) erscheint demnach der Großteil der empirischen ökonomischen Forschung (krypto-)normativ, wenn dies unterbleibt.

Im Folgenden werden normative und positive Ökonomik daher zwar einerseits unterschieden, da die fundierte Auseinandersetzung mit ethischen Konnotationen ökonomischer Theorien andere Expertise erfordert und eine andere Art der Tätigkeit ist als die Entwicklung von Modellen, die Erhebung von Daten und die Durchführung ökonometrischer Tests, und da das statistische Signifikanzniveau unabhängig von Werturteilen über die Bedeutung von Märkten im Gesundheitswesen interpretiert werden kann. Die beiden Teilbereiche der Ökonomik werden jedoch andererseits als komplementär aufgefasst, da sowohl ein methodisch hochwertiges empirisches Design der o. g. Studie als auch die korrekte Interpretation der Relevanz der resultierenden Schätzergebnisse für das Ausgangsproblem ein gutes Verständnis der in den Methoden implizierten Werturteile voraussetzt. Zudem erfordert die im vorgehenden Absatz geforderte (selbst)kritische Analyse ein Verständnis der Werturteile, die einer theoretischen Konzeption zugrunde liegen. *Die Wertneutralität positiver Ökonomik wird also durch die ethische Reflexion normativer Ökonomik nicht gefährdet, sondern erst ermöglicht. Unterbleibt letztere, entsteht die Gefahr ideologischer Ökonomik, in der unreflektierte Werturteile ökonomische Analysen und ihre Ergebnisse verzerren.*

Um dies weiter auszuführen, wird im Folgenden zunächst die Wertgebundenheit ökonomischer Analyse erläutert, indem für verschiedene Theoriefelder der (positiven) Ökonomik dargelegt wird, inwiefern sie Verbindungen zu (normativen) Idealen guten Wirtschaftens aufweisen. Die Ideale guten Wirtschaftens werden im Anschluss daran nochmals zusammengefasst und ihre Bedeutung für einige Theoriefelder exemplarisch am Beispiel der gesundheitsökonomischen Analyse von COVID-19-Maßnahmen diskutiert. Darauf aufbauend wird eine neu akzentuierte Definition von ›Ideologie‹ in der Ökonomik vorgeschlagen, die davon ausgeht, dass nicht implizierte Ideale guten Wirtschaftens oder in Verbindung damit standardmäßig vorgeschlagene Problemlösungen per se ein Problem darstellen, sondern ein unreflektierter Umgang damit. Abschließend wird die These vertreten, dass ein Weg zur Vermeidung ideologischer Ökonomik in dem in Medizin und Public Health weit verbreiteten Konzept der Evidenzbasierung liegt, welches ähnlich bereits in der von John Neville Keynes 1890 benannten (vgl. Keynes 1999: 22) Trias von positiver, normativer, und angewandter Ökonomik zu finden ist: Evidenzbasierte (im Gegensatz zu ideologischer) Ökonomik setzt voraus, dass zwar einerseits positiv beschreibende Evidenz zu einer Problemstellung generiert und systematisch zusammengetragen und aufbereitet wird. Andererseits bedarf es jedoch sowohl bei der Wahl der Methoden als auch bei der Interpretation der Ergebnisse eines angemessenen Eingehens auf die Werturteile, die die Relevanz des untersuchten Problems bedingen. Nach Implikationen für Wissenschaft und Praxis schließt die Arbeit mit einem Fazit.

2. Positive Forschungsprogramme und ihre normativen Konnotationen

Je nach Definition der Wissenschaftsdisziplin insgesamt und nach Ein- und Ausschlusskriterien für einzelne Theoriefelder kann die Ökonomik unterschiedlich

breit gefasst und untergliedert werden. Ein Einschlusskriterium könnte lauten, dass nur vollständig entwickelte Forschungsprogramme (vgl. Lakatos 1978) einbezogen werden, also Verbände von Theorien, die sich bspw. dadurch auszeichnen, dass sie über einen geteilten theoretischen Kern verfügen (vgl. Schurz 2014: 197f.). Insbesondere physikalische Forschungsprogramme sind in Form hierarchischer Theorienverbände organisiert, an deren Spitze allgemeine Kerngesetze stehen. Diese werden angereichert durch speziellere Gesetze für spezifische Systembedingungen (vgl. Schurz 2014: 179–181). Ähnlich kann man in der Ökonomik Verbände von Theorien identifizieren, die zentrale Kernannahmen teilen, jedoch entlang spezifischer Problemstellungen bzw. Untersuchungskontexte unterschiedlich ausdifferenziert sind.

Ökonomik wird zudem vielfach als quantitative Wissenschaft aufgefasst, nach der der theoretische Kern eines solchen Theorieverbands analytisch fassbar sein sollte. Dem geht nach Joseph Schumpeter ein prä-analytischer Schritt voraus, in dem ein Untersuchungsgegenstand als abgrenzbare, kohärente Gruppe von Phänomenen gefasst wird (vgl. Schumpeter 1954: 38f.). Dieser wird im Folgenden ›theoretischer Zugang‹ zum Problem des Ökonomischen genannt, der verschiedenen Forschungsprogrammen der Ökonomik als Orientierung dienen kann, auch wenn er nur in einer Theorie des Theorienverbands vollständig zu einem analytischen Kern ausgearbeitet ist.

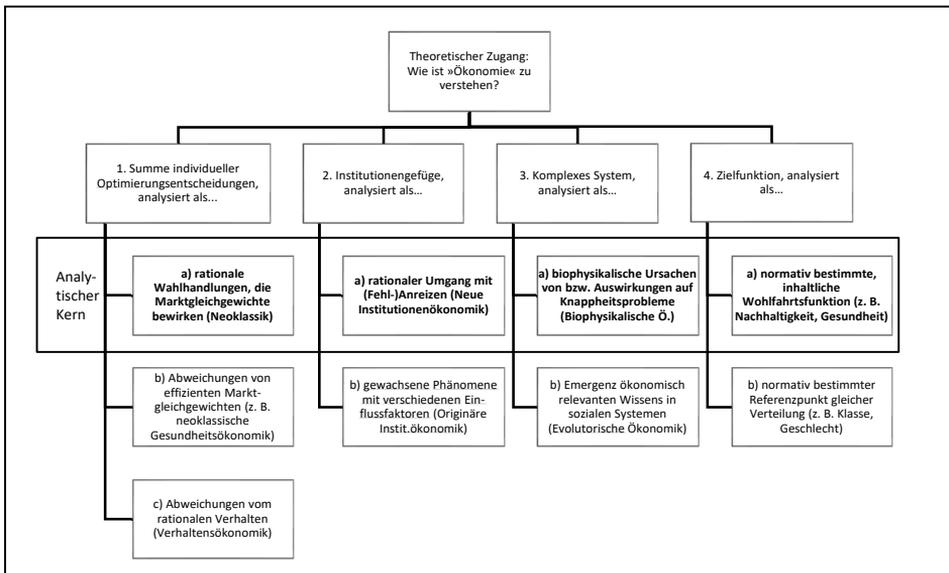


Abbildung 1: Forschungsprogramme der Ökonomik (Quelle: eigene Darstellung in Übersetzung von Rogowski et al., 2021)

Schließt man in die synoptische Betrachtung ökonomischer Forschungsprogramme nur Theorienverbände ein, die dem Anspruch eines solchen geteilten Kerns entsprechen, kann man vier Forschungsprogramme unterscheiden. Sie enthalten jeweils zwei oder drei Theoriefelder, von denen in einem ein analytischer Kern des Forschungsprogramms identifizierbar ist (vgl. Rogowski et al. 2021, auch zu einer Diskussion der Limitationen dieser Taxonomie). Sie sind als Übersetzung der entsprechenden Grafik bei Rogowski et al. (2021) in Abb. 1 schematisch dargestellt und werden in den folgenden Abschnitten näher erläutert.

Die vier Forschungsprogramme weisen vier unterschiedliche Zugänge auf, um das Ökonomische konzeptionell zu fassen (vgl. Rogowski et al. 2021). Die Forschungsprogramme und Theoriefelder können mit Idealen guten Wirtschaftens verbunden werden, die bspw. in der Neoklassik vergleichsweise etabliert und systematisch ausgearbeitet sind, in anderen Feldern (bspw. Evolutorischer oder Biophysikalischer Ökonomik) jedoch eher als erste Skizzen zu verstehen sind, die weiterer Ausarbeitung bedürfen. Dem ist einschränkend hinzuzufügen, dass sowohl die abgebildete Taxonomie ökonomischer Theoriefelder als auch eine Zuordnung normativer Ideale eher scherschmittartig bleiben muss und vertiefender, differenzierterer Analysen bedarf, die den Rahmen dieser Überblicksarbeit sprengen. So geschieht bspw. die Verbindung von Theorie und Ideal im Entstehungskontext nicht zwangsläufig durch den/die Entwickler*in der Theorie, sondern kann auch in deren Rezeptionsgeschichte erfolgen (vgl. Yamamori 2020: Fn. 1).

2.1 Ökonomie als Summe individueller Optimierungsentscheidungen

Hier ist zunächst der Zugang der Neoklassik und von darauf basierenden Theoriefeldern zu nennen, die davon ausgehen, dass das Ökonomische bzw. dessen heutige Realisierung, die Ökonomie, am besten als Summe individueller Optimierungsentscheidungen zu verstehen sei (vgl. Rogowski et al. 2021).

2.1.1 Neoklassik und individualistischer Welfarismus

Analytischer Kern dieses Forschungsprogramms ist die neoklassische allgemeine Gleichgewichtstheorie, in der die Vielfalt rationaler individueller Entscheidungen von Haushalten bzw. Unternehmen insgesamt effiziente, d. h. Pareto-optimale Marktgleichgewichte bewirken (vgl. Jehle et al. 2011: 195–265). Zwar beschreibt die neoklassische ökonomische Theorie Phänomene, die positiv empirisch analysierbar sind. Beispiele wären etwa die Preiselastizität der Nachfrage gesundheitlich relevanter Güter wie Äpfel oder Krankenhausleistungen (die im Lehrbuch von Sherman Folland auf -0,14 bis -0,17 bzw. -1,15 beziffert werden (vgl. Folland et al. 2013: Tab. 2–3)).

Gleichzeitig kann man in diesem Denken in Marktgleichgewichten eine kritische Auseinandersetzung mit staatlichem Paternalismus identifizieren, welche dessen Entstehungskontext prägte: So wird der Markt bei Ökonom*innen wie Friedman als diejenige Organisationsform gesellschaftlichen Leistungsaustausches interpretiert, die größtmögliche Freiheit gewährt. Im Gegensatz zu politisch gesteuertem

Leistungsaustausch nehmen nur diejenigen am Austausch teil, die persönlichen Nutzen daraus ziehen, und keine übergeordnete Instanz, sei es eine Kirche, ein Diktator oder eine Mehrheit, zwingt ihnen andere als die eigenen Präferenzen auf (vgl. Friedman 1970).

Konsistent mit diesem Gedanken greift die welfaristische Wohlfahrtsökonomik zur Bewertung möglicher Zustände der Welt (und damit verbunden, politischer Entscheidungsoptionen) auf vier Grundsätze zurück (vgl. hierzu insbes. Brouwer et al. 2008; Hurley 2000): Zum Ersten geht sie vom Gedanken individueller Nutzenmaximierung aus, in dem Sinne, dass Individuen ihre Wohlfahrt (bzw. im Folgenden synonym: ihr Wohlergehen) maximieren, indem sie verschiedene Entscheidungsoptionen gemäß ihren Präferenzen ordnen und die für sie vorteilhafteste Option auswählen. Zum Zweiten nimmt sie an, dass Individuen zumindest am besten, wenn nicht als einzige, in der Lage sind, die Auswirkungen von Entscheidungsoptionen auf ihr Wohlergehen zu beurteilen. Häufig wird zum Dritten angenommen, dass Wohlergehen nur durch die Konsequenzen von Entscheidungsprozessen gewonnen wird und nicht durch die Prozesse selbst oder die Intentionen, die zu den Entscheidungsergebnissen führten. Darauf basierend geht sie viertens (Welfarismus im engeren Sinne) davon aus, dass verschiedene Zustände der Welt allein auf Basis der Nutzenniveaus zu beurteilen sind, die betroffene Individuen diesen Zuständen zuordnen (vgl. Brouwer et al. 2008: 327, teils in paraphrasierter Übersetzung).

Zur Beurteilung stehen also nur Nutzeninformationen zur Verfügung und es wird gemeinhin angenommen, dass Nutzen zwischen Individuen nicht vergleichbar ist (vgl. Sen 1999). Ergänzend nutzt die welfaristische Wohlfahrtsökonomik typischerweise das Pareto-Kriterium, nach dem ein Zustand dann besser ist, wenn mindestens ein Individuum besser und keines schlechter gestellt ist. Da nach diesem strengen Kriterium fast alle Zustände Pareto-unvergleichbar sind, setzt das Kriterium der potenziellen Pareto-Verbesserung ergänzend voraus, dass die Verlierer einer Maßnahme von deren Gewinnern kompensiert werden könnten (vgl. Hicks 1939; Kaldor 1939). Damit verbunden werden in der welfaristischen Wohlfahrtsökonomik die Ausgangsverteilung von Wohlstand und Einkommen typischerweise als gegeben angenommen und ein Schwerpunkt auf Nutzenzuwächse gelegt. Umverteilungen können nur in dem Maße beurteilt werden, wie sie mit einer (potenziellen) Pareto-Verbesserung einher gehen. Gerade für sozialpolitische Maßnahmen, bei deren Bewertung andere Kriterien wie sozialrechtlich bestimmter, objektiviert messbarer Bedarf sowie Umverteilung eine Rolle spielen, weist die welfaristische Wohlfahrtsökonomik blinde Flecken auf, da sich ihr Anwendungsbereich im Wesentlichen auf freiwilligen Handel auf wohlregulierten Märkten beschränkt (vgl. Brouwer et al. 2008).

Zwar gibt es innerhalb dieses Forschungsprogramms auch Theoriefelder, wie bspw. die Umwelt- oder Gesundheitsökonomik, die sich auch mit Fragen der politischen Steuerung auseinandersetzen – im Fall neoklassischer Gesundheitsökonomik etwa bei der Analyse, ob bzw. welche Gesundheitsgüter öffentlich finanziert werden sollten. Politische Steuerung wird jedoch nur dort befürwortet, wo gezeigt werden kann, dass die Bedingungen für das Funktionieren von Märkten nicht

gegeben sind (vgl. Breyer et al. 2013: 179–276). So kann im Falle mancher Impfungen gezeigt werden, dass Märkte aufgrund externer Effekte versagen. Durch die Impfung leisten einzelne einen Beitrag zum öffentlichen Gut der Herdenimmunität. Hiervon können, falls aufgrund genügender Impfungsrate die Infektionskrankheit eingedämmt ist, auch nicht Geimpfte profitieren. In solchen Fällen sind auch aus neoklassischer Perspektive staatlich finanzierte und ggf. bereitgestellte Reihenimpfungen wünschenswert (vgl. ebd.: S. 181–184). Dass zur Begründung solcher Maßnahmen häufig der Nachweis von Marktversagen eingefordert wird, zeigt jedoch, dass auch in diesen Ergänzungen zunächst von effizienten Marktgleichgewichten in Folge rational entscheidender Individuen ausgegangen wird.

2.1.2 *Verhaltensökonomik und ›libertärer Paternalismus‹*

Die präzise Beschreibung der Annahmen zu rationalen Entscheidungen in der Neoklassik ermöglichte das Forschungsfeld der Verhaltensökonomik, in dem Psycholog*innen und Ökonom*innen der Frage nachgehen, wie valide die Rationalitätsannahmen empirisch beobachtbares Entscheidungsverhalten abbilden. Insbesondere experimentelle empirische Studien liefern Evidenz für verschiedene Abweichungen von den Kernannahmen rationaler Entscheidungsfindung: So verwenden Individuen bspw. bei Entscheidungen häufig eine systematisch verzerrte Informationsbasis und nach der Prospect Theory werden anstelle von Erwartungsnutzenmaximierung Verluste und niedrige Wahrscheinlichkeiten überproportional bewertet (vgl. Kahneman et al. 1979, 2009).

Dies ist verbunden mit einer neu akzentuierten normativen Fragestellung. Angesichts der vielen Fälle, in denen Menschen nicht so entscheiden, wie es augenscheinlich das Beste für sie wäre (im Gesundheitsbereich etwa: für gesunde Ernährung oder für eine effektive und sichere Impfung), stellt sich die Frage, wie Menschen bei ›guten‹ Entscheidungen unterstützt werden können. Dieses Programm der normativen Verhaltensökonomik (vgl. Thaler 2016) setzt voraus, dass ›das Beste‹ für Individuen bestimmt werden kann, und untersucht, unter welchen Bedingungen staatliche Akteure (deren Entscheidungen ebenfalls nicht vor der beschriebenen Irrationalität gefeit sind) dieses Beste tatsächlich effektiv fördern können (vgl. Neumann 2013).

Auch die Weiterentwicklung einer Verhaltensökonomik, die Individuen bei ›guten‹ Entscheidungen unterstützen möchte, ist ohne Ethik kaum sinnvoll möglich. Zum einen spielt in der Diskussion um Einflussmaßnahmen des Staates in Auseinandersetzung mit der individualistischen Prägung der Neoklassik eine wichtige Rolle, welche Einschränkungen individueller Freiheit prinzipiell gerechtfertigt sind (vgl. Neumann 2013: 79–83). Hierbei spielt auch die zugrundeliegende Konzeption von Freiheit eine Rolle (vgl. Berlin 2006): Während negative Freiheit unabhängig von den einer Handlung zugrunde liegenden Präferenzen als Abwesenheit (von Verhaltenseinschränkungen) konzipiert wird, orientiert sich der positive Freiheitsbegriff an der Möglichkeit, eine Handlung wählen oder ausüben zu können. Vertreter*innen des libertären Paternalismus möchten Individuen bei letzterer unterstützen, deren Kritiker*innen fassen dies jedoch als Einschränkung

der (negativen) Freiheit auf und lehnen sie daher ab (vgl. Neumann 2013: 84f.). Zum anderen stellt sich die Frage, nach welchen Kriterien Entscheidungen und ihre Ergebnisse zu bewerten sind, um ›besser‹ von ›schlechter‹ zu unterscheiden. Die neoklassische axiomatische Nutzentheorie hatte sich der starken utilitaristischen Prägung entledigt, die in der hedonistischen Nutzentheorie der ökonomischen Klassik noch explizit enthalten war. Wird Wohlergehen angesichts der augenscheinlichen Entscheidungsirrtümer nicht mehr selbstverständlich mit präferenzbasierten Entscheidungen in Verbindung gebracht, spielen utilitaristisch inspirierte Maße von ›experienced utility‹ (vgl. Kahnemann et al. 2004) bzw. ›Glück‹ (vgl. Frey 2017) erneut eine Rolle in der Auswahl ökonomischer Endpunkte.

2.2 *Ökonomie als Regelgefüge*

Ein zweites Forschungsprogramm bildet die Institutionenökonomik, die sich anstelle der Summe atomistischer Einzelentscheidungen auf Interaktionen zwischen Individuen konzentriert und die Ökonomie als Regelgefüge von gewisser Dauerhaftigkeit (jedoch nicht unveränderbar) auffasst und analysiert.

2.2.1 *Originäre Institutionenökonomik und Kommunitarismus*

In kritischer Auseinandersetzung mit der individualistischen und abstrakten Neoklassik entstanden verschiedene Ansätze, die dem Sozialen und Historischen einen größeren Raum in der Ökonomie einräumen. Eine große Rolle spielen hierbei Institutionen, also verhaltensbeeinflussende formelle und informelle Regeln, die aus sozialer Interaktion emergieren und permanentem Wandel unterzogen sind, und die aus institutionenökonomischer Sicht zentralen Einfluss auf die Gestalt der Ökonomie haben. Ihre Analyse ist auch deswegen bedeutsam, da staatlicher Einfluss auf das Wirtschaften über Institutionen vermittelt wird. Institutionenökonomik trat daher bereits um die vorletzte Jahrhundertwende mit dem Ziel an, die Lücke zwischen ökonomischer Theorie und Praxis zu schließen, Steuerungsprobleme aufzugreifen, die Dynamik des Wirtschaftens adäquat abzubilden und ein Menschenbild zu vertreten, welches nicht auf hedonistische Egoisten beschränkt ist (vgl. Hamilton 1919).

Die originäre Institutionenökonomik ist eher eine interdisziplinäre, an der Analyse konkreter Fallstudien orientierte Strömung als ein monolithisches Theoriegebäude (vgl. Elsner 2018). Die Forschungsrichtung ist bis heute relevant, da interdisziplinäre Forschung, etwa mit Bezügen zum soziologisch geprägten Institutionalismus (vgl. Brodocz et al. 2016), weiterhin eine wichtige Inspirationsquelle institutionenökonomischer Forschung darstellt. Will man die Ressourcenallokation moderner Gesundheitssysteme wie das der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland verstehen, werden die Auswirkungen politischer und historischer Zufälle und ausgeprägter Pfadabhängigkeiten unmittelbar evident, die in der gesundheitspolitischen Praxis oft wirkmächtiger sind als Effizienzerwägungen (vgl. Bevan et al. 2005; Simon 2013).

Auch ethisch sind die originäre Institutionenökonomik und ihre heutigen Ausprägungen nicht mit einer spezifischen, ausgearbeiteten Theorie verbunden, son-

dern eher an verschiedenen Ansätzen, die dem Sozialen ein stärkeres Gewicht einräumen. Für aktuelle Arbeiten in diesem Forschungsfeld könnte man Konzepte nennen, die sich am Kommunitarismus orientieren, der auch als normativer Orientierungspunkt gesundheitsökonomischen Denkens vorgeschlagen wurde (vgl. Mooney et al. 2012). Man kann darin drei zentrale Ansatzpunkte der Argumentation gegen liberal und individualistisch orientierte Positionen identifizieren: Zum Ersten die Bedeutung von Tradition und sozialem Kontext für moralische und politische Argumentation; zum Zweiten die soziale Natur des Individuums; zum Dritten den eigenen Wert von Gemeinschaft (vgl. Bell 2020).

2.2.2 *Neue Institutionenökonomik und kontraktarianistischer Welfarismus*

Anstelle einer kommunitaristischen Argumentation könnte man jedoch auch gerade im Gegensatz dazu argumentieren, dass moderne Ökonomien durch den Verlust geteilter sozialer Orientierungen geprägt sind und daher eine Rechtfertigung von Regeln ohne Rekurs auf geteilte Werte auskommen muss (vgl. Homann et al. 2005). Neue Institutionenökonomik (NIÖ) kann man als ein Forschungsgebiet auffassen, welches Institutionen daher analog zur neoklassischen Analyse von Märkten individualistisch rekonstruiert und ihre Bewertung allein auf individuellen Nutzen stützt. Sie bedient sich ethisch hierfür des Kontraktarianismus, den man als vertragstheoretische Erweiterung welfaristischen Gedankenguts verstehen kann (in Abgrenzung wird daher die welfaristische Orientierung neoklassischer Ökonomik als ›individualistischer Welfarismus‹, und die im folgenden dargelegte Orientierung als ›kontraktarianistischer Welfarismus‹ bezeichnet). Der Kontraktarianismus geht welfaristisch davon aus, dass Individuen und ihre (freie) Entscheidung der einzige Bezugspunkt sind, an dem jede gesellschaftliche Bewertung ansetzen muss. Dies wird jedoch nun auch auf (freiheitseinschränkende) Regeln angewendet: Auch Regeln erhalten ihre Legitimität (nur) dadurch, dass ihnen zumindest im Prinzip alle der Regel Unterworfenen zustimmen können, da die Regel für sie von Vorteil ist (vgl. Brennan et al. 1985: 25f.; Cudd et al. 2017).

Ein formales Konzept, welches man als axiomatischen Kern des institutionenökonomischen Forschungsprogramms herausarbeiten könnte (vgl. Homann et al. 2005), ist das Konzept individueller Nutzenmaximierung im Kontext (selbst auferlegter) Verhaltensbeschränkungen – insbesondere das soziale Dilemma, anhand dessen der Nutzen verpflichtender Regeln quantifiziert illustriert werden kann (vgl. z. B. Homann et al. 2005; Rogowski 2018). Diesem Konzept folgend können verschiedenste Institutionen ökonomisch darauf hin analysiert werden, welche (Fehl-)Anreize von ihnen ausgehen. Die NIÖ ist jedoch ebenfalls kein monolithisches, konsistent formalisiertes Forschungsprogramm, sondern beinhaltet spezifischere Theorien über Bereiche des Regelungsbedarfs, insbesondere die Transaktionskostentheorie (vgl. Williamson 1981), die Prinzipal-Agenten-Theorie (vgl. Jensen et al. 1976), die Theorie der Verfügungsrechte (vgl. Demsetz 1967) und Ansätze zur Entwicklung von Institutionen (vgl. North 1991; 1992).

Zwar kann man aus Perspektive der Neuen Institutionenökonomik auch den Markt als eine Institution interpretieren, das analytische Instrumentarium weicht

jedoch in vielem davon ab – aus spieltheoretischen Modellen lässt sich bspw. nicht direkt eine Preiselastizität schätzen. Im Gegensatz zur Neoklassik geht die Neue Institutionenökonomik zudem davon aus, dass wirtschaftliche Interaktion maßgeblich von Informations- und Motivationsproblemen gekennzeichnet ist. Daher führt individuelle Nutzenmaximierung häufig nicht zu gesamtgesellschaftlich optimalem Umgang mit begrenzten Ressourcen, sondern bedarf der Kanalisierung durch Institutionen (vgl. Picot et al. 2008). Aus diesem Grund werden Neoklassik und Neue Institutionenökonomik hier als Theorien verschiedener Forschungsprogramme aufgefasst, auch wenn zwischen ihnen (wie zwischen allen ökonomischen Theoriefeldern) Verbindungen bestehen.

Ein Ideal guten Wirtschaftens, welches mit der NIÖ verbunden werden kann, ist eine Kombination einer freiheitlich-individualistischen Grundhaltung mit der Suche nach Win-Win-Situationen: So, wie marktliche Interaktion als Austausch freier Individuen aufgefasst werden kann, können auch politische Aushandlungsprozesse im Sinne von ›politics as exchange‹ (vgl. Buchanan 2003) als Prozess verstanden werden, in dem freie Individuen sich auf Regeln einigen und gleichzeitig die gegenseitige Selbstbestimmung in größtmöglichem Maße wahren. Die verschiedenen Theorien der NIÖ setzen hier jedoch unterschiedliche Schwerpunkte – bei Douglass North ist es etwa die Reduktion von Transaktionskosten, die bspw. durch sozial schädigendes Verhalten wie Betrug oder Diebstahl verursacht werden (vgl. North 1992).

2.3 *Ökonomie als komplexes System*

Jenseits von Forschungsprogrammen, die individuelle rationale Wahlhandlungen ins Zentrum stellen, kann die Ökonomie auch als komplexes System aufgefasst werden. Formale Ansätze, um ökonomische Sachverhalte zu erklären und zu prognostizieren, bieten Methoden der Systemtheorie. Die Systemtheorie ist ein komplexes Forschungsgebiet, welches man nach unterschiedlichen Kriterien gliedern kann. Eine Möglichkeit ist danach, ob man ein System in technischer/naturwissenschaftlicher Weise als von außen beobachtet analysiert (Systemtheorie erster Ordnung), oder ob man sie als soziale Systeme analysiert, bei denen gegenseitige Beobachtungen wesentliche Determinanten der Systemdynamik darstellen (Systemtheorie zweiter Ordnung) (vgl. Küppers 2019: 114–120). Nach dieser Unterscheidung gliedern sich auch die beiden folgenden Abschnitte.

2.3.1 *Biophysikalische Ökonomik und holistische Ethik*

Paradigmatisches Beispiel einer Analyse der Ökonomie mit Methoden der Systemtheorie erster Ordnung stellt das Welt3-Modell dar, mit dem Dennis Meadows et al. für den Club of Rome die Grenzen des ökonomischen Wachstums quantitativ dargelegt haben (vgl. Meadows et al. 1972). Unter ›biophysikalische Ökonomik‹ kann man Ansätze zusammenfassen, die Knappheitsprobleme im Hinblick auf biophysikalische Ursachen bzw. Auswirkungen (in natürlichen Systemen) analysieren (vgl. Palmer 2018; Sherwood et al. 2020). Biophysikalische Ökonomik ist überall dort relevant, wo die Verfügbarkeit von Ressourcen oder das Entstehen

von Bedarfen stark durch biologische oder physikalische Zusammenhänge determiniert ist. Häufig untersuchen diese Modelle ökologische Auswirkungen des Wirtschaftens. Dies ist in Public Health insbesondere bei Analysen vor dem Hintergrund des Konzepts planetarer Gesundheit (vgl. Horton et al. 2014; Whitmee et al. 2015) relevant. Die systemdynamische Modellierung bildet auch eine formal weit entwickelte Grundlage (vgl. Dangerfield 2020), die als axiomatischer Kern dieses Forschungsprogramms identifiziert werden kann. Sie wurde auf verschiedenste Probleme mit Gesundheitsbezug angewendet, einschließlich Analysen der COVID-19-Pandemie (vgl. Davahli et al. 2020). Analysen zu biophysikalischen Determinanten von Knappheitsproblemen sind jedoch auch im Gesundheitswesen und Public Health nicht auf diese Methodik begrenzt: In konventionellen Kosteneffektivitäts- oder Budgetwirkungsanalysen der Gesundheitsökonomik, in denen bspw. verschiedene Impfstrategien vergleichend untersucht werden, kommen häufig Modelltypen wie diskrete Ereignissimulationen oder Markov-Kohortenmodelle zum Einsatz (vgl. Briggs et al. 2011).

Biophysikalische Analysen in der Ökonomik sind insbesondere dort relevant, wo Ideale guten Wirtschaftens weniger an subjektiven Präferenzen, sondern an (normativ zu begründenden) objektiv messbaren Bedarfen (oder Knappheiten) orientiert sind (vgl. Rogowski et al. 2015). Im Gesundheitswesen spielt dies bspw. dort eine Rolle, wo gute medizinische bzw. Public-Health-Praxis oder sozialrechtliche Vorgaben eine Bedarfsorientierung erfordern – wie im Falle von Analysen zur Verfügbarkeit von Krankenhauskapazitäten zur Versorgung von Beatmungspatient*innen während der COVID-19-Pandemie. In einem umfassenderen Sinne von Planetary Health bzw. für den paradigmatischen Zusammenhang zwischen globalem Wirtschaften und den Grenzen globaler Ökosysteme kann rationale Allokation durch die Prinzipien nachhaltigen Wirtschaftens ausgedrückt werden: die Entnahme nachwachsender Ressourcen aus einem Ökosystem auf das Maß natürlicher Regenerationsfähigkeit zu begrenzen; schädliche Emissionen auf ein Maß zu begrenzen, welches die natürliche Aufnahmekapazität nicht übersteigt; die Entnahme nicht nachwachsender Ressourcen auf ein Maß zu begrenzen, in dem in nachwachsende Substitute investiert wird (vgl. Daly 1990).

Je nach Anwendungsfeld sind grundsätzlich verschiedene ethische Theorien verfügbar, mit denen methodische Entscheidungen biophysikalischer Ökonomik begründet werden können. Insbesondere bei Analysen im Gesundheitswesen sind bspw. Theorien mit Bezug zu medizinischem Bedarf wie dem Capability Approach (vgl. Abschnitt 2.4) denkbar. Wenn es jedoch um Problemstellungen wie die Bewertung von Ökosystemen an sich; von Landschaften, die touristisch auf absehbare Zeit nicht erschließbar sind; oder des Aussterbens von Spezies geht, kann eine anthropozentrische Ethik an ihre Grenzen gelangen. Eine ethische Konzeption, die besonders weit geht in ihrer Intuition, den ökologischen Systemen einen Eigenwert zuzugestehen, ist eine holistische Umweltethik. Sie kann bspw. daran orientiert werden, dass sie die Kriterien, die zur Ein- und Ausgrenzung angewendet werden, infrage stellt. So, wie sich traditionell verwendete Kriterien wie ›Bürger unserer Polis‹ oder ›Bürger Roms‹, ›weiße Europäer‹ oder ›Menschen‹ rational rückblickend als willkürlich erwiesen haben, könnten grundsätzlich auch

weitere Kriterien wie Leidensfähigkeit einer Spezies oder Lebendigkeit infrage gestellt werden. Im Gegensatz zum Anthropozentrismus könnte so grundsätzlich aller Natur ein Eigenwert zugestanden werden, der jeweils in Abwägung der Intensität des Eingriffs in die Natur und den positiven Wirkungen, die dadurch erwartet werden, bewertet werden muss (vgl. Gorke 2018).

2.3.2 *Evolutorische Ökonomik und evolutionäre Ethik*

Auch der evolutorischen Ethik, die man als ethische Orientierung der Evolutorischen Ökonomik identifizieren kann, kann man normative Forderungen entnehmen, die analog zu denen Martin Gorkes sind: Geht man davon aus, dass der Mensch evolutionär aus anderen Spezies entstanden anstatt göttlich geschaffen ist, verliert auch ein besonderer moralischer Status des Menschen gegenüber anderen Spezies, der in solcher Schöpfung begründet ist, seine Gültigkeit (vgl. Patrick 2021; Rachels 1990). Generell spielt jedoch die normative Ebene in der evolutionären Ethik eine weniger ausgeprägte Rolle. Dies liegt daran, dass der Schluss vom evolutionären Erfolg einer Verhaltensweise auf eine ethische Forderung typischerweise als Missachtung des Humeschen Gesetzes bzw. als naturalistischer Fehlschluss zurückgewiesen werden kann. Weitaus einflussreicher ist die deskriptive evolutionäre Ethik, in der untersucht wird, inwiefern scheinbar moralische Gegenstände wie moralisches Urteilsvermögen, Verhaltensweisen wie Altruismus und Kooperation, oder die Entstehung von Normen in Gemeinschaften evolutionär erklärbar sind. In Verbindung damit steht eine Tendenz zu metaethischem Skeptizismus gegenüber normativer Ethik (vgl. Patrick 2021).

Entsprechend der beiden letztgenannten Visionen ist die Vision guten Wirtschaftens, die man in der evolutionären Ökonomik identifizieren kann, neben einer Skepsis gegenüber normativen Vorgaben auch von Optimismus bezüglich der Wirkung wirtschaftlicher Dynamiken geprägt: Wirtschaften geschieht als evolutionärer Prozess, der vielfältige und immer wieder überraschende (und wünschenswerte) Innovationen hervorbringt. Obgleich er nur sehr begrenzt zentral steuerbar ist, ist er doch Quelle vielfältiger Regeln und Normen, die auch Kooperation kanalisieren können. Die Verbindung von wirtschaftlicher Dynamik und Evolution einerseits und Produkt- und Prozessinnovation andererseits ist auch Ausgangspunkt vieler Arbeiten zur Innovationsökonomik. Sie stellt ein zentrales Anwendungsfeld evolutionärer Ökonomik dar und analysiert bspw. verschiedene Faktoren, die diese Innovationstätigkeit fördern können (vgl. Hodgson 2019; Nelson et al. 2018).

Empirisch ist die evolutionäre Ökonomik im Gegensatz zur statischen Neoklassik an der Abbildung der Prozesshaftigkeit des ökonomischen Geschehens orientiert. Modelle der evolutionären Ökonomik bilden bspw. die Dynamik von Industrien oder die Diffusion von Innovationen ab. In agentenbasierten Modellen versucht die evolutionäre Ökonomik das Verhalten individueller Akteure im Kontext von deren Interaktion mit anderen Individuen und veränderlichen Umweltbedingungen abzubilden und so Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen oder ihren Rahmen abzustecken. Anders als in der Neoklassik spielen hier die unvorherseh-

bare Emergenz von Phänomenen und der Verlauf von Entwicklungspfaden eine große Rolle, die nur sehr begrenzt steuerbar sind (vgl. Hodgson 2019; Nelson et al. 2018). Theoretische und empirische Forschung der evolutionären Ökonomik haben daher viele Anknüpfungspunkte zur Komplexitätstheorie und zu verschiedenen Forschungsfeldern der Systemtheorie zweiter Ordnung (vgl. Colander 2000; Elsner 2017). Anwendungsfelder mit Gesundheitsbezug finden sich bspw. in Analysen zur Entstehung (vgl. Consoli et al. 2009; Kaiser et al. 2004) und Diffusion (vgl. Booth-Clibborn et al. 2000; Fleuren et al. 2004; Oh et al. 2005) medizinischer Innovationen.

2.4 Ökonomie als Zielfunktion und konsequentialistische Ethiken

Ein viertes Forschungsprogramm der Ökonomik, welches auf ein ausdifferenziertes Netz von Theorien zurückgreifen kann und über einen formalisierten axiomatischen Kern verfügt, ist auf den ersten Blick nicht als eines zu erkennen, welches (auch) rein positive Fragestellungen verfolgt: die inhaltlich agnostische Analyse, die das Ökonomische lediglich im Hinblick auf eine Zielfunktion betrachtet, der das wissenschaftliche Interesse gilt.

Die Anwendungsfelder dieses Forschungsprogramms sind vielfältig – sie bestehen überall dort, wo es darauf ankommt, die Auswirkungen ökonomischer Aktivität zu untersuchen, oder wo in unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen benennbare Ziele mit begrenzten Ressourcen erreicht und Evidenz über die Kosteneffektivität verschiedener Maßnahmen gesammelt werden sollen. Im ersten Fall könnten dies bspw. gesamtgesellschaftliche Wohlfahrtsindizes sein, die neben dem Bruttoinlandsprodukt soziale oder ökologische Faktoren beinhalten könnten wie bspw. der Human Development Index (vgl. Dervis et al. 2011). Klassische gesundheitsökonomische Beispiele für Maße im zweiten Fall stellen präferenzbasierte Gesundheitsmaße wie ›quality-adjusted life years‹ (vgl. Brazier et al. 2017), der CO₂-Fußabdruck oder der umfassendere ökologische Fußabdruck (vgl. Lin et al. 2018; Rees et al. 1994) sowie Maße für Arbeitslosigkeit oder Bildungsindikatoren dar.

Den axiomatischen Kern dieses Forschungsprogramms bilden (kollektive) Zielfunktionen, für deren Analyse (bzw. für die Analyse der Auswirkungen von Entscheidungsalternativen auf eine Zielfunktion) die Entscheidungstheorie ein etabliertes analytisches Instrumentarium zur Verfügung stellt (vgl. Laux et al. 2014).

Zwar ist dieses Programm eng verbunden mit der traditionellen Wohlfahrtsökonomik (vgl. Boadway et al. 1984) sowie mit verschiedenen ethischen Theorien guter Folgen, die im Rahmen der Zielfunktionen abgebildet werden. Um diese Zielfunktion zu bilden, bedarf es jedoch gleichzeitig der empirischen Konzeptspezifikation, Operationalisierung und Messung der für die Zielfunktion relevanten Ergebnisse ökonomischen Handelns. Hier wird der positive Aspekt des Forschungsprogramms deutlich.

Konsequentialistische Ethiken bedürfen zum einen einer Axiologie, d. h. einer Bestimmung der relevanten guten Folgen einer Handlung. Zum anderen bedür-

fen sie einer Verrechnungsvorschrift, die bspw. besagt, ob das Ziel der Ethik eine Maximierung der guten Folgen darstellt oder ob das Ausmaß des Gutseins auf andere Weise ermittelt wird. Entsprechend können in diesem Forschungsprogramm zwei Schwerpunkte unterschieden werden: zum einen inhaltliche und zum anderen verteilungsbezogene Fragen. Im Folgenden werden die beiden kurz am Themenfeld Gesundheit vertieft.

Dabei ist zu ergänzen, dass die normativen Konnotationen der Analyse von Zielfunktionen nicht zwangsläufig allein auf konsequentialistische Maximierung erwünschter Ergebnisse festgelegt sind: Evidenz darüber, in welchem Maße verschiedene politische Entscheidungsoptionen mit begrenzten Ressourcen eine gegebene Zielgröße erreichen, kann auch diskursethisch als relevante Information zur Unterstützung eines öffentlichen Deliberationsprozesses verstanden werden (vgl. Culyer 2006). Zudem könnte die Verwendung derartiger Evidenz in Entscheidungsprozessen kontraktarianistisch damit begründet werden, dass sie eine Erweiterung eines Gesellschaftsvertrags darstellen könnte, die eine konsensfähige Lösung sozialer Dilemmata in Verteilungskonflikten bietet (vgl. Rogowski 2018).

2.4.1 *Inhalte der Zielfunktion*

Ideale guter Gesundheitsversorgung sind nicht nur in der Politik, sondern auch in der Gesundheitsökonomik wichtige und teilweise kontroverse Themen. Je nachdem, ob die Antwort lautet »es geht darum, Patient*innen als Kund*innen zufrieden zu machen« oder »es geht darum, sie gesund zu machen, also mit öffentlich finanzierten Mitteln medizinischen Bedarf zu decken«, fällt das resultierende Ergebnismaß unterschiedlich aus. Diese Diskussion spiegelt sich in der wohlfahrtsökonomischen Diskussion zwischen Welfarismus und Extra-Welfarismus wider (vgl. Brouwer et al. 2008) sowie in der empirischen Diskussion um Methoden der gesundheitsökonomischen Evaluation (vgl. Drummond 2007): Welfaristische Methoden der Kosten-Nutzen-Analyse zielen darauf ab, individuelle Präferenzen in Form von Zahlungsbereitschaften für gesundheitliche Leistungen oder zu vermeidende Gesundheitszustände zu erheben, die mit deren Kosten verglichen werden (vgl. MacIntosh 2010). Extra-welfaristische Methoden der Kosten-Effektivitäts-Analyse und der Kosten-Nutzwert-Analyse hingegen versuchen, ein Maß für Gesundheit selbst bzw. für zu deckenden gesundheitlichen Bedarf zu erheben, die in der Gesundheitsversorgung mit begrenzten öffentlichen Mitteln zu erzielen sind (vgl. Briggs et al. 2011).

Während Konzepte der Kosten-Nutzen-Analyse auf den ethischen Konzepten basieren, die auch der Neoklassik zugrunde liegen, beziehen sich Kosten-Nutzwert-Analysen auf andere ethische Grundlagen. Eine große Bedeutung hat dabei der Capability Approach, der anstelle negativer Freiheit versucht, positive Freiheit in Form von Verwirklichungschancen konzeptuell zu fassen. Anstelle strikter Unvergleichbarkeit von Wohlfahrt über Individuen hinweg spielt hierbei auch eine Rolle, die so gemessenen Wohlfahrtsniveaus zwischen Individuen und gesellschaftlichen Gruppen vergleichbar zu machen (vgl. Sen 1999). Die Maße gesundheitsbezogener Lebensqualität in ökonomischen Evaluationen werden dementsprechend

vielfach als Maße für Capability verstanden und (weiter) entwickelt (vgl. Cookson 2005; Lorgelly 2015).

2.4.2 Verteilungsparameter der Zielfunktion

Hat man ein Maß des Erwünschten wie bspw. Gesundheit für Capability gefunden und messbar gemacht, liegt es nahe, die gesellschaftliche Maximierung dieses Gutes zu befürworten. Auch Konzepte der Kosteneffektivitätsanalyse im Gesundheitswesen entsprechen häufig diesem Ziel: Die Kosteneffektivität einer Leistung wird mit einem Schwellenwert verglichen, der die maximale gesellschaftliche Zahlungsbereitschaft für Gesundheit widerspiegelt. Der Schwellenwert kann auch, wie im englischen Nationalen Gesundheitsdienst, als Schätzer für die Kosteneffektivität der bestehenden Leistungen verstanden werden, die aufgrund der (durch politisch legitimierte Entscheidungsträger festgelegte) Budgetbegrenzung von der evaluierten und ggf. der Versorgung neu hinzugefügten Leistung verdrängt würden. Entscheidungen über die Aufnahme neuer Leistungen anhand eines solchen Schwellenwerts implizieren dann, mit begrenztem Budget Gesundheit zu maximieren (vgl. Culyer et al. 2007; McCabe et al. 2008).

Alternativ sind andere Verteilungskriterien für knappe medizinische Leistungen denkbar – insbesondere möglichst gleiche Behandlung, höhere Priorität für besonders schlecht gestellte Individuen sowie die Förderung oder Belohnung gesellschaftlicher Nützlichkeit (vgl. Persad et al. 2009). Um auch solche Erwägungen in die Durchführung und Interpretation gesundheitsökonomischer Evaluationen einzubeziehen, sind bspw. verschiedene Ansätze entwickelt worden, die entweder die genaue Verteilung von Kosten und Effekten nach Kriterien berichten, die gleichberechtigungsrelevant sind (bspw. sozioökonomischer Status, Geschlecht, ethnischer Hintergrund, Krankheitsschwere), oder die Trade-offs zwischen dem Ziel der Gesundheitsmaximierung und anderen gleichheitsbezogenen Zielen quantifizieren (vgl. Cookson et al. 2017).

3. Übersicht der Forschungsprogramme

Tabelle 1 fasst die (positiven) Forschungsprogramme der Ökonomik und ihre normativen Konnotationen nochmals zusammen. Die erste Zeile benennt das Forschungsprogramm, die zweite Zeile Theoriefelder, die sich als ergänzende Forschungsfelder dem jeweiligen Forschungsprogramm zuordnen lassen. Dem folgen drei Zeilen, die Hypothesen zu zentralen Ausgangsproblemen und Ideale guten Wirtschaftens formulieren, die vermutlich im Entstehungskontext des Programms eine große Rolle gespielt haben, sowie ethische Hintergrundtheorien, mit denen die Ideale fundiert werden können. Die abschließenden zwei Zeilen bilden Beispiele positiver ökonomischer Fragestellungen vor dem vorher genannten Hintergrund sowie beispielhafte empirische Methoden, die Elemente der normativ orientierten Theorien positiv messbar machen.

Abbildung 2: Übersicht positiver ökonomischer Forschungsprogramme und ihrer normativen Konnotationen

Forschungsprogramm	Ökonomie als Summe individueller Entscheidungen			Ökonomie als Institutionengefüge	
Theoriefeld	Neoklassische Gleichgewichtstheorie	Neoklass. Umwelt- / Gesundheitsökonomik	Verhaltensökonomik	Originäre Institutionenökonomik	Neue Institutionenökonomik
Ausgangsbproblem	Staatlich-paternalistische Eingriffe in individuelle Freiheiten	Marktversagen als Folge reiner laissser-faire Politik	Begrenzte Rationalität stellt individuelle Souveränität in Frage	Unzufriedenheit mit Grenzen des Individualismus	Institutionen begründen ohne starke ethische Forderungen
Ideale ›guten‹ Wirtschaftens	Individualismus und (negative) Freiheit ohne staatl. Einschränkungen	Negative Freiheit, aber staatliches Engagement zur Korrektur von Marktversagen	Mittelweg staatlicher Fürsorge / positiver und negativer Freiheit	Verschiedene, oft orientiert an Konzepten wie ›Solidarität‹ und ›Gemeinschaft‹	(Nur) konsentierete Regeln / freiwillige Kooperation zum gegenseitigen Vorteil
Wirtschaftspolit. Lösungstendenz	Deregulierung / Korrektur von Marktversagen	Internalisierung externer Effekte	Staatl. Maßnahmen des Nudging	Gemeinschaftsorientierte politische Intervention	Regulierung (nur), wo win-win erkennbar
Ethische Hintergrundtheorien	Individualistischer Welfarismus		Z. B. Libertärer Paternalismus, Utilitarismus	Z. B. Kommunitarismus	Kontraktarianistischer Welfarismus
Bsp. positiver Forschungsfrage	Wie ist Preiselastizität der Nachfrage nach medizinischer Innovation (bspw. neuer Impfung)?	Übersteigt die Zahlungsbereitschaft den bewerteten Ressourcenverbrauch einer Impfung?	Wie wirkt sich ›Default-Nudge‹ auf Impfbereitschaft aus?	Welche Faktoren bestimmen Erfolg von Gesundheitsreform, z. B. bzgl. Impfungen?	Wie wirkt Anreizstruktur auf Impfverhalten?
Bsp. Bedarf positiver Methoden	Kostenmessung, Präferenzmessung	Methoden der Kosten-Nutzen Analyse	Maß zur Erfassung ›richtiger‹ bzw. ›falscher‹ Entscheidung	Methoden qualitativer Analyse, historischer Fallstudien	Methoden für Experimentdesign zur Anreizanalyse

Forschungsprogramm	Ökonomie als komplexes System		Ökonomie als Ziel(-funktion)	
Theoriefeld	Biophysikalische Ökonomik	Evolutorische Ökonomik	Inhaltliche Zielfunktionen	Verteilungsmaße
Ausgangspunkten	Präferenzorientierte Sicht verdeckt Blick auf biologisch / physikalisch determinierte Bedarfe oder Knappheiten	Statische Neoklassik bildet wirtschaftliche Dynamik nicht angemessen ab	Bedarf an Konzepten zur ökonomischen Bewertung staatlicher Maßnahmen oder von Handlungsbedarf für staatl. Maßnahmen	Bedarf an Konzepten zur ökonomischen Bewertung staatlicher Maßnahmen oder von Handlungsbedarf für staatl. Maßnahmen
Ideale > guten< Wirtschaftens	Einsatz von Ressourcen so, dass objektiven Bedarfen entsprochen wird; (auch ökologische) Nachhaltigkeit	Innovative Dynamik (eher negative Freiheit)	Positive Freiheit / Evidenzbasierte Lösung spezifischer politischer Probleme, z. B. Priorisierung von Ressourcen für gesundheitliche / ökologische Maßnahmen	Positive Freiheit / Evidenzbasierte Lösung spezifischer politischer Probleme, z. B. Priorisierung von Ressourcen für gesundheitliche / ökologische Maßnahmen
Wirtschaftspolit. Lösungstendenz	Staatl. Intervention (z. B. zu Bedarfsplanung und Bedarfsdeckung)	(Ähnlich wie Neoklassik, aber innovationsorientiert)	Evidenzbasierte staatl. Intervention zur Korrektur von Problemen bzw. Förderung der Zielerreichung	Evidenzbasierte staatl. Intervention zur Korrektur von Problemen bzw. Förderung der Zielerreichung
Ethische Hintergründe	Medizin: Theorien zur Begründung von Bedarf, z. B. Capability Approach (Planetary Health: z. B. holistische ökologische Ethik)	Insbesondere evolutionäre (v. a. deskriptive) Ethik, eher welfaristische Orientierung	Spezifische, insbesondere konsequentialistische Ethiken, z. B. Capability Approach	Spezifische ethische Verteilungstheorien, z. B. Gleichheit, Bedarfsorientierung
Bsp. positiver Forschungsfrage	Welche Gesundheitseffekte sind zu welchen Kosten mit verschiedenen Impfstrategien zu erzielen?	Welche Faktoren beeinflussen die Diffusion medizinischer Innovationen?	Wie wirksam ist die deutsche (z. B. im Vergleich zur US-) Gesundheitsversorgung?	Wie unterscheiden sich Gesundheitsergebnisse nach Bevölkerungsgruppe?
Bsp. Bedarf positiver Methoden	Methoden der Kosten- Effektivitäts-Analyse	Agentenbasierte Modellierung für Szenariorechnungen	Methoden der Messung und Bewertung gesundheitsbezogener Lebensqualität	Verteilungsmaße zur Beschreibung relevanter Unterschiede

4. Werte in der ökonomischen Analyse

Anhand der Gesundheitsökonomik wurde dargelegt, dass Verbindungen zwischen den verschiedenen Forschungsprogrammen positiver Ökonomik und evaluativen Konzepten guten Wirtschaftens bestehen und wie sich diese in der positiv-empirischen Methodik niederschlagen.

4.1 *Ideale guten Wirtschaftens in der normativen Ökonomik*

Auf den ersten Blick kommen in den Forschungsprogrammen sehr unterschiedliche Ideale ›guten‹ Wirtschaftens zum Tragen, die man als Positionierungen auf polar einander entgegengesetzten evaluativ bedingten methodischen Entscheidungen darstellen kann. Will man sie zusammenfassen, kann hierfür die Unterscheidung zwischen welfaristischer und extra-welfaristischer Ökonomik (vgl. Brouwer et al. 2008) dienen.

Der Idealtypus welfaristischer Ökonomik ist grundsätzlich darum bemüht, mit möglichst schwachen Werturteilen in der ökonomischen Analyse auszukommen und geht davon aus, dass letztlich nur individuelle, subjektive Präferenzen relevant für die Bewertung verschiedener Zustände der Welt sind. Er steht einem negativen Freiheitsbegriff nahe, der staatlichen Einfluss eher als schädlich versteht. Entsprechend ist die welfaristische Ökonomik mit einer Tendenz zu deregulierenden, marktfördernden wirtschaftspolitischen Gestaltungsvorschlägen verbunden.

Die extra-welfaristische Ökonomik arbeitet für verschiedene Punkte dieser normativen Festlegung Alternativen aus. Anstelle einer Begrenzung staatlicher Eingriffe stellt sie, eher der Idee positiver Freiheit folgend, Konzepte bereit, um Evidenz für staatliche Eingriffe zu generieren, die der Pflicht staatlicher Fürsorge für sozial Benachteiligte nachkommen; die den Fokus anstelle einer engen individualistischen (oder in ökologischen Fragen: anthropozentrischen) Sicht auf ein wie auch immer verstandenes großes Ganzes legen; die dort, wo eine subjektivistische Sicht objektivierbaren, ethisch relevanten Nutzen übersehen kann, objektive Nutzenmaße entwickeln; und die dort, wo das Konzept der Pareto-Optimalität blind ist für als ungerecht angenommene Ungleichheit, explizite Nutzenvergleiche ermöglichen. Abbildung 2 bietet eine vereinfachende Darstellung der Spannungsfelder normativer Ökonomik (die im Einzelfall sicher weiterer Differenzierung bedarf):

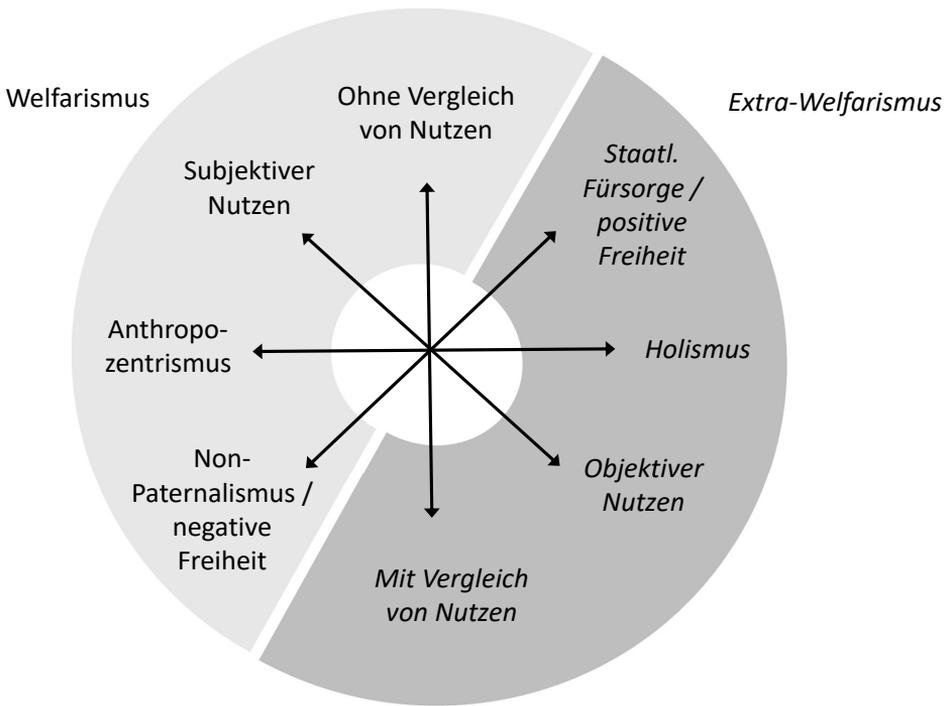


Abbildung 3: Spannungsfelder der normativen Ökonomik (Quelle: Eigene Darstellung)

Während diese Darstellung auf den ersten Blick wie unversöhnliche Positionierungen wirken mag, liegt in der Tatsache, dass es sich um Ideale handelt, bereits ein Ansatzpunkt zum Ausgleich: wenn das, das bei deren Anwendung entsteht, fern von der Intuition eines *Idealzustands* ist. Der Neoklassik geht es bspw. um (Wahl-)Freiheit. Sind die Rahmenbedingungen der ökonomischen Problemstellung so, dass diese bei Anwendung der an diesem Ideal orientierten theoretischen und empirischen Konzepte kaum (oder nur mit massiver Einschränkung anderer Ideale) verwirklicht werden könnte, ist dies ein Hinweis darauf, dass die Konzepte dem Problem nicht adäquat begegnen.

In der Gesundheitsökonomik wäre dies bspw. der Fall, wenn ein an der Neoklassik orientiertes, marktlich organisiertes Gesundheitswesen die Gleichheit des Zugangs zu Gesundheitsversorgung so einschränken würde, dass ungleiche Gesundheitsbelastung die Chancengleichheit gefährdet, die zur Realisierung von Freiheit notwendig ist oder wenn sie dazu führen würde, dass Menschen regelmäßig zur Deckung hoher Gesundheitskosten die Investitionsgüter verkaufen würden, die zur freien Teilnahme am produktiven Leistungswettbewerb am Markt notwendig sind. Dass beides der Fall zu sein scheint (vgl. bspw. Flores et al. 2008; McIntyre et al. 2006; Sachs et al. 2001; Xu et al. 2007), ist ein wesentli-

cher Hintergrund der Entwicklung extra-welfaristischer gesundheitsökonomischer Theorien (vgl. Brouwer et al. 2008).

Andererseits gibt es auch in der Gesundheitswirtschaft Güter wie bspw. Fitnessgeräte, bei denen man eher davon ausgehen würde, dass Marktmechanismen annähernd funktionieren und dass die Auswirkungen staatlicher Interventionen eher die Sorgen der Neoklassik vor unangebrachtem Paternalismus und Ineffizienz staatlichen Handelns bestätigen als die Ideale extra-welfaristischer Konzepte guter Gesundheitsversorgung. Ob dies der Fall ist, ist letztlich auch eine empirische Frage, die auf Grundlage (positiver) ökonomischer Theorien zu beantworten ist. Diese bieten entsprechend der Ideale, die bei ihrer Entwicklung Pate stehen, das theoretische und empirische Handwerkszeug zur Analyse der jeweils vor dem Hintergrund der Ideale relevanten Aspekte der komplexen sozialen Wirklichkeit.

Werthaltungen sind also unvermeidbar in der adäquaten Konzeption und Methodenwahl positiver Analysen und im Verständnis ihrer Resultate. Gleichzeitig ist jedoch auch die wertneutrale (im oben genannten Sinne) Gewinnung empirischer Evidenz im Rahmen positiver Ökonomik aus verschiedenen Gründen notwendig für die kritische Prüfung normativer Aussagen: So liefert sie bspw. insgesamt Evidenz für Entwicklungen in Richtung von oder entgegengesetzt zu den genannten Idealen guten Wirtschaftens. Weiter zeigt sie, ob die Aspekte des Ökonomischen, die aus einer spezifischen normativen Perspektive relevant erscheinen, auch positiv signifikante Beiträge zur Erklärung und Prognose ökonomischer Sachverhalte leisten und daher sinnvolle Ausgangspunkte für politische Gestaltungsvorschläge darstellen. Und zudem liefert sie Evidenz zur Frage, ob konkrete politische Gestaltungsvorschläge die erhofften Wirkungen erzielen und welche unerwünschten Nebenwirkungen damit verbunden sind.

In der Gesundheitsökonomik könnte das anhand der eingangs genannten Analyse von Impfprogrammen illustriert werden. Man könnte hierzu neoklassische Methoden der Zahlungsbereitschaftsmessung verwenden, die an freier Entscheidung in wettbewerblichem Angebot und Nachfrage orientiert sind. Gemäß gängigen Annahmen zur Einkommenselastizität der Nachfrage nach Gesundheitsgütern (vgl. Kopetsch et al. 2006) sowie den Ergebnissen bestehender Zahlungsbereitschaftsanalysen zur COVID-19-Impfung (vgl. Cerda et al. 2021; Harapan et al. 2020; Qin et al. 2021) ist eine signifikant höhere Zahlungsbereitschaft bei Gutverdiener*innen als bei Bevölkerungsgruppen mit geringerem Einkommen wie bspw. Rentner*innen zu erwarten. Lässt man nur individuelle subjektive Bewertungen als Nutzenmaß zu und geht man davon aus, dass sich dieser Nutzen in der Zahlungsbereitschaft widerspiegelt, ist es nicht abwegig, die Priorisierung von Impfungen in der Anfangsphase knapper Impfdosen dem freien Wirken von Angebot und Nachfrage zu überlassen. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund einer Weltsicht, die direkte Nutzenvergleiche zwischen Individuen strikt ablehnt, angesichts der offensichtlichen Vergleichbarkeit von Geldbeträgen und angesichts des Kriteriums der potenziellen Pareto-Optimalität jedoch Vergleiche von Zahlungsbereitschaften zulässt.

Bei einer neuartigen Smartwatch mit besseren Sensoren zum Fitness-Tracking hätten wohl auch nur wenige Beobachter*innen Einwände dagegen, dass Unter-

nehmen ihre Vertriebsstrategien an Zahlungsbereitschaftsanalysen ausrichten und zunächst die Kund*innengruppen ansprechen, für die ihr Produkt in diesem Sinne den höchsten Nutzen generiert (vgl. Rogowski 2016: 208–212).

Bei Impfungen gegen eine potenziell lebensbedrohliche Krankheit kann man jedoch offensichtlich auch andere Wertmaßstäbe anlegen. Diese anderen Wertmaßstäbe spiegeln sich auch in den sozialrechtlichen Vorgaben zur Finanzierung von Gesundheitsleistungen für die knapp 90 Prozent der Menschen in Deutschland wider, die Mitglieder der Gesetzlichen Krankenversicherung sind (vgl. Deutschland Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2015 Kap. 5, insbes. 151f.). Für die solidarfinanzierten Krankenkassen sind weniger die subjektive Präferenz, sondern die Deckung objektiven gesundheitlichen Bedarfs ausschlaggebendes Ziel – etwa, in welchem Maße eine Leistung geeignet ist, »die Gesundheit der Versicherten zu erhalten, wiederherzustellen oder ihren Gesundheitszustand zu bessern« (§ 1 Absatz 1, Satz 1 fünftes Sozialgesetzbuch sowie Rogowski et al. 2009). Dieser ist, bspw. anhand der Ergebnisse klinischer Studien für verschiedene Subgruppen von Patient*innen, sehr gut vergleichbar. Zudem ist die Überwindung gesundheitlicher Ungleichheit ein sozialrechtlich verankertes Ziel von Prävention und Gesundheitsversorgung (vgl. z. B. § 20, Absatz 1, Satz 2, fünftes Sozialgesetzbuch), sodass anstelle von potenzieller Pareto-Optimalität eher das Erreichen explizit benannter Verteilungsziele im Vordergrund steht. Dies wäre weitaus valider mit extra-welfaristisch orientierten gesundheitsökonomischen Methoden der biophysikalischen Ökonomik zu ermitteln, die bspw. die Zahl vermiedener Erkrankungen oder gewonnener gesunder Lebensjahre abschätzen und zu den Kosten ins Verhältnis setzen können (vgl. Rogowski et al. 2009). Mit Blick auf politisch begründete Maßnahmen beschränken sich diese auf den Vergleich der Kosten verschiedener Optionen für ihre Umsetzung oder die Analyse der Umsetzbarkeit angesichts der begrenzten Kapazitäten des Gesundheitssystems.

Dabei bedeutet das Eingehen auf normative Hintergründe positiver Theorien und damit verbundener empirischer Methoden nicht zwangsläufig, dass sich verschiedene methodische Zugänge und Gestaltungsvorschläge gegenseitig ausschließen. Sie können einander auch ergänzen. Eine mögliche und häufige theoretische Herangehensweise an das Thema Impfung geschieht bspw. durch seine Interpretation als soziales Dilemma: Impfschutz verursacht den positiven externen Effekt eines Beitrags zur Herdenimmunität (vgl. Breyer et al. 2013: 181–184). Unterstellt man in der theoretischen Analyse Individuen, mögliche Impfnebenwirkungen vermeiden zu wollen, finden sich diese in einer klassischen Dilemmastruktur wieder: Jede*r einzelne zieht vor, sich nicht impfen zu lassen; in Konsequenz bleibt jedoch die Herdenimmunität aus, die die Verbreitung der Krankheit vermeiden würde. Aus institutionenökonomischer Perspektive liegt daher nahe, nach Änderungen der Rahmenbedingungen zu suchen, die rational eigennützigen Individuen stärkere Anreize für Impfungen geben könnten – etwa zielgerichtet eingesetzte finanzielle Anreize (vgl. Kuga et al. 2019). Führt man einen Review empirischer Analysen durch, die kritisch überprüfen, inwiefern tatsächlich Dilemmastrukturen vorliegen, zeigt sich ein differenzierteres Bild: Jenseits der Anreize scheint ein weitaus größeres Problem darin zu bestehen, dass Individuen, die sich nicht

impfen lassen, systematisch die Impfrisiken über- und die Risiken des Nichtimpfens unterschätzen (vgl. Rogowski et al. 2020). Dieser Befund spricht eher (oder ergänzend) für eine verhaltensökonomische Analyse des Impfens, die der Frage nachgeht, wie Menschen durch entsprechende Nudges bei der Vermeidung von Fehlentscheidungen unterstützt werden können – anstelle nur einer institutionenökonomischen Anreizanalyse, die angesichts rationaler Individuen nach besseren Regelwerken fragt.

Anders als in der oben genannten Frage der Bewertung von Impfungen in verschiedenen Bevölkerungsgruppen anhand von Kosten und Zahlungsbereitschaft könnten in diesem Falle beide Herangehensweisen zu Hypothesen über möglicherweise wirksame Ansätze zur Erhöhung von Impfraten führen, deren Wirksamkeit im Rahmen empirischer Studien überprüft werden könnte.

Neben gängigen Kriterien zur kritischen Überprüfung wissenschaftlicher Hypothesen, die je nach Forschungsprogramm unterschiedlich sein können (vgl. Brühl 2015), bleibt jedoch auch die Wahl des Forschungsprogramms selbst ein bedeutender methodischer Schritt positiver Ökonomik. Tabelle 1 beinhaltet eine Liste beispielhafter idealtypischer Fragestellungen, für deren Bearbeitung die jeweiligen Forschungsprogramme bzw. die darin enthaltenen Theoriefelder besonders geeignet erscheinen.

4.2 Ideologie: Inkongruenz von Werturteilen in Problemfeststellung und Lösungsansatz

Der explizite Einbezug von Idealen guten Wirtschaftens in die positive ökonomische Analyse ist so gesehen nicht per se unwissenschaftlich, sondern, im Gegenteil, eine wichtige Orientierung für deren Anwendung und Weiterentwicklung und daher auch notwendig für die Erzielung valider Ergebnisse: Die Formulierung eines ökonomischen Problems impliziert ja häufig, dass etwas problematisch ist – dass also eine wertende Vorstellung besteht von etwas, was sein sollte, sowie davon, dass der Status Quo dieser Norm nicht entspricht. Werthaltungen werden jedoch dann selbst zum Problem, wenn inadäquat mit ihnen umgegangen wird – etwa, wenn sie bewirken, dass relevante Aspekte des Problems aus der positiven Analyse ausgeklammert bleiben.

Es gibt eine Vielzahl von Definitionen für den Ideologiebegriff. Wenzel Matiaske und Werner Nienhüser wählen in ihrer Einführung ihres Herausgeberwerks zu Ökonomie und Ideologie drei Aspekte als Arbeitsdefinition: »Ideologisch sind solche Aussagen zu nennen, die (i) Wahrheit suggerieren, dabei gleichzeitig schwer überprüfbar und sogar gegen eine Überprüfung immunisiert sind, (ii) die ein Bild erzeugen, das zumindest in Teilen falsch ist und zudem (iii) die Funktion hat, bestimmte Interessen angebbarer gesellschaftlicher Gruppen zu verschleiern oder zu affirmieren« (Matiaske et al. 2021: 10). Aus Sicht von Matiaske und Nienhüser ist die Verschleierungsabsicht kein notwendiges Definitionsmerkmal des Ideologischen, da Aussagen auch unbeabsichtigt positive oder negative Wirkungen aus der Perspektive einer Gruppe entfalten können.

Daran anknüpfend wird hier eine leicht anders akzentuierte Definition vorgeschlagen: Ökonomik ist (wie jede andere Wissenschaft auch) ideologisch, wenn sie Phänomene aus (bewussten oder unbewussten) normativen Erwägungen verfälschend selektiv (positiv) analysiert – wenn sozusagen (spiegelverkehrt zum naturalistischen Fehlschluss) ein unzulässiger Schluss vom Sollen auf das Sein vorliegt.

Ideologische Ökonomik entsteht zum einen, wenn die (positive) Theorie nicht zum (normativen) Problem passt – insofern, als die Werte und Normen, die die Relevanz einer ökonomischen Fragestellung begründen, nicht mit denjenigen kongruent sind, die im Entstehungskontext der Theorie zur Beschreibung und Lösung dieser Fragestellung Pate standen. Sie entsteht zum anderen, wenn positive wissenschaftliche Analyse dazu dient, einen präferierten politischen Gestaltungsvorschlag suggestiv statt evidenzbasiert zu unterstützen. ›Ideologisch‹ im Sinne dieser Arbeit ist also eine spezielle Form unwissenschaftlichen Arbeitens.

Ogleich dieses Verständnis von ›ideologisch‹ nicht zwingend die von Matiaske und Nienhüser benannte Funktion von Ideologie mit einbezieht, spezifische Interessen oder Herrschaftsverhältnisse zu verschleiern oder zu bestärken, erscheint die Gefahr ideologischer Ökonomik sehr viel größer, wenn angebbare gesellschaftliche Gruppen einen Vorteil davon haben, wenn die ideologisch verzerrte Darstellung von Sachverhalten rezipiert wird (etwa, weil dies der Durchsetzung ihrer Interessen dient). Es ist zudem anzunehmen, dass die Gefahr umso größer ist, je komplexer ein Problem ist und entsprechend je schwieriger Behauptungen zu Phänomenen empirisch zu widerlegen sind. Da das Wirtschaftsgeschehen äußerst komplex ist und wirtschaftspolitische Maßnahmen häufig starke Interessen berühren, scheint in der Ökonomik die Gefahr von Ideologisierung besonders hoch.

Hier stellt sich die Frage, wie dies verhindert werden kann, und wie die Ökonomik Ideale guten Wirtschaftens aufgreifen kann, ohne ideologisch zu werden, bzw. wie Ideologiekritik ermöglicht werden kann, die derartige Ideologisierung verhindert.

4.3 Evidenzbasierung als ein Mittel der Ideologiekritik

In Medizin und Public Health hat sich seit den 1980er-Jahren ein Konzept verbreitet, welches einen gleichzeitig neuen und alten Ansatz der Ideologiekritik bieten könnte: das Konzept der Evidenzbasierung.

Evidenzbasierte Medizin erfordert die Integration der besten verfügbaren wissenschaftlichen Evidenz mit der ärztlichen Erfahrung und den Wertvorstellungen und spezifischen Umständen der Patient*innen (vgl. Loversidge et al. 2019: 4). Es gibt verschiedene Modelle, die dieses Konzept weiter konkretisieren. Als Prozessmodelle beginnen sie typischerweise mit einem (klinischen) Problem, gefolgt von einer Recherche und einer kritischen Bewertung der verfügbaren Evidenz und von strukturierten Schritten zur Prüfung, inwiefern diese Evidenz geeignet ist, eine Handlungsalternative zu unterstützen (vgl. ebd.: 8).

Als Prozessempfehlungen für ein klinisches Umfeld sind derartige Konzepte nur begrenzt für die Komplexität politischer Entscheidungsprozesse und deren sozialer Kontexte geeignet, sodass das Prozessmodell für evidenzbasierte (Gesundheits-)Politik adaptiert werden muss (ebd.: 8f.). Zudem kann man generell aus politologischer und soziologischer Perspektive bezweifeln, ob (Gesundheits-)Politik tatsächlich *evidenzbasiert* realisierbar ist oder ob es eher darum geht, wenigstens ein Minimum wissenschaftlicher Evidenz in politische Entscheidungsprozesse einfließen zu lassen (vgl. Schmacke 2012).

Die Forderung nach stärkerer Evidenzbasierung an sich findet jedoch weithin Zuspruch in Medizin und Public Health. Zuspruch findet auch, dass ein wichtiges Element von Evidenzbasierung in der Kombination zweier Typen von Evidenz besteht: Zum einen der besten verfügbaren (positiven) wissenschaftlichen Evidenz, die idealerweise explizit und nach aktuellen methodischen Standards publiziert vorliegt – wobei die Formulierung ›beste Evidenz‹ zum einen impliziert, dass die bestehende Evidenz nach Gütekriterien in eine Rangfolge gebracht wird und nicht die am häufigsten zitierten, sondern die qualitativ hochwertigsten Ergebnisse Verwendung finden. Zum anderen impliziert er, dass mitunter keine tragfähige wissenschaftliche Evidenz vorliegt, die zur Unterstützung der Entscheidung herangezogen werden könnte.

Der zweite Typ von Evidenz, der in Entscheidungen einzubeziehen ist, ist im Falle evidenzbasierter Medizin die ärztliche Erfahrung, allgemeiner das implizite Wissen, welches Entscheidungsträger*innen aus ähnlichen Situationen gewonnen haben und in der die Vielfalt der spezifischen Aspekte eines Entscheidungsproblems berücksichtigt werden. Hier spielen auch Wertvorstellungen von Patient*innen bzw. allgemeiner Aspekte wie ›citizen voice‹ (vgl. Loversidge et al. 2019: 16) eine Rolle.

Die Erkenntnis, dass die Anwendung (positiver) wissenschaftlicher Evidenz auf konkrete Fragestellungen der Ökonomik eine anspruchsvolle Tätigkeit ist, die zum einen die Berücksichtigung (ebenso wissenschaftlich i. S. v. ethisch fundierter) normativer Erwägungen sowie zum anderen eher induktiv und erfahrungsbasiert die Vielfalt von Aspekten des jeweils spezifischen Problems erfordert, ist auch in der Ökonomik nicht neu. John Neville Keynes, der Vater von John Maynard Keynes, hat dies 1891 als eigenes Forschungsfeld aufgefasst und eine Unterscheidung zwischen positiver, normativer und angewandter Ökonomik vorgenommen (vgl. Keynes 1999: 22).

Aufgabe der Letzteren ist nach Keynes die bewusste Anwendung von Konzepten der positiven und normativen Ökonomik auf spezifische ökonomische Probleme vor dem Hintergrund ihres sozialen, rechtlichen und politischen Kontexts (vgl. ebd.). Als ›art‹ stellt sie eine andere Tätigkeit für Ökonom*innen bzw. einen anderen Lehrinhalt in der ökonomischen Ausbildung dar als positive und normative Ökonomik: Sie ist interdisziplinär, orientiert an der Beschreibung konkreter ökonomischer Phänomene, anstelle abstrakter allgemeingültiger Regeln, und stärker induktiv in ihrer Methodik (vgl. Colander 1992).

David Colander nennt sie ›Lost art of economics‹, da diese Dreigliederung der Disziplin von der Ökonomik nicht weiterverfolgt wurde, was der Qualität ihrer

Forschung, Lehre und Praxis sehr abträglich war (vgl. Colander 1992). Friedman zitierte in seinem wiederum vielzitierten Ruf nach ›Positive Economics‹ (Friedman 1953) John Neville Keynes. Während der Ruf nach mehr ›positiver Ökonomik‹ eigentlich als Ruf nach evidenzbasierter Ökonomik im oben genannten Sinne verstanden werden könnte, führte er aus Sicht vieler Kritiker im Gegensatz dazu, dass aufgrund der Dominanz des neoklassisch orientierten ›Mainstreams‹ in der Ökonomik Evidenz nicht systematisch (gemäß den Methoden evidenzbasierter Medizin), sondern eher systematisch verzerrt bzw. ideologisch (im Sinne einer selektiven Analyse des Ökonomischen vor dem Hintergrund von a priori gesetzten Werturteilen und Gestaltungsvorschlägen) erhoben wurde (vgl. bspw. Hill et al. 2010). Dies betrifft bspw. den einseitigen Fokus auf eine individualistische Nutzenkonzeption, die gemeinschaftlich orientierte Ansätze oder andere Nutzen dimensionen ausblendet (vgl. Egan-Krieger 2014: 56–65). Ein weiterer Aspekt ist einseitige Marktorientierung und Marktfreundlichkeit, da die konzeptionelle Basis der Theorie in Tauschakten liegt (die typischerweise auf Märkten stattfinden) und da die Wirkung von Märkten (bspw. durch Begriffe wie ›vollkommen‹, ›Gleichgewicht‹ und ›Ausgleich von Angebot und Nachfrage‹) positiv konnotiert ist (vgl. Heise 2021: 124–126).

Naheliegender Gegenvorschlag ist eine normativ reflektierte, evidenzbasierte Ökonomik, in deren Vorgehen per se immer auch Ideologiekritik liegt. Sie folgt einerseits dem Gebot der Wertneutralität, indem sie verschiedene Forschungsprogramme mit ihren jeweiligen Idealen guten Wirtschaftens und den damit verbundenen Aufmerksamkeitsfokus sowie Tendenzen für Gestaltungsvorschläge zulässt. Andererseits geht sie mit dieser Vielfalt wissenschaftlich statt ideologisch um. Dies bedeutet zum einen, systematisch Evidenz zur Validität theoretisch hergeleiteter Aussagen sowie zu Wirkungen von darauf basierenden Lösungsvorschlägen zu generieren bzw. auszuwerten. Zum anderen bedeutet es, in Theorien, Methoden und Lösungsvorschlägen implizite Werturteile explizit auszuweisen und kritisch daraufhin zu reflektieren, inwieweit die wissenschaftliche Arbeit den verschiedenen Facetten des untersuchten ökonomischen Problems gerecht wird. Schon ersteres ist ein schwieriges Unterfangen (vgl. Schmidt 2014); zur Ideologiekritik wird evidenzbasierte Ökonomik insbesondere dann, wenn auch zweiteres genügend Beachtung findet.

4.4 Implikationen für Wissenschaft und Praxis

Insoweit Ökonomik »Erklärung zwecks Gestaltung« (Homann et al. 2005: 25) bieten möchte, hat ein so verstandenes evidenzbasiertes Vorgehen Implikationen sowohl für den Wissenschaftsbetrieb als auch für die wirtschaftliche und (wirtschafts-)politische Praxis.

Für die Forschung und Lehre positiver Ökonomik liegt zunächst nahe, sowohl einer pluralen Konzeption positiver Ökonomik als auch einer diese Pluralität reflektierende normativen Ökonomik mehr Platz einzuräumen, als derzeit an wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten und Forschungsinstituten zu beobachten ist (vgl. Elsner 2013).

Während aufgrund der verhaltensökonomischen Forschung die kritische empirische Überprüfung theoretisch begründeter Hypothesen bereits an Bedeutung gewonnen hat, ist das Maß an Evidenzgenerierung und -synthese noch weit unter dem, was möglich und in medizinischen und Public-Health-Zusammenhängen üblich ist. So gibt es bspw. weit verbreitete Standards zur Durchführung systematischer Reviews (vgl. Liberati et al. 2009; Moher et al. 2009) und zur Überprüfung der Berichtstransparenz für verschiedene Studientypen wie bspw. gesundheitsökonomische Evaluationen (vgl. Husereau et al. 2013). Mit dem EQUATOR-Netzwerk¹ besteht eine internationale wissenschaftliche Institution, die die Weiterentwicklung derartiger Standards aktiv fördert und sie transparent zur Verfügung stellt. Und in wissenschaftlichen Fachzeitschriften stellen systematische Reviews und Meta-Analysen ein gängiges Format für Originalarbeiten dar, bei denen diese Standards regelmäßig Anwendung finden. Analog könnten auch in den Wirtschaftswissenschaften systematische Reviews sowohl zur Validität der Hypothesen, die aus theoretischen Modellen abgeleitet werden, als auch zu den Wirkungen damit verbundener Gestaltungsvorschläge einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Ideologie zu kritisieren und wissenschaftlich fundierte Gestaltungsvorschläge zu fördern.

Für die normative Ökonomik wäre zu wünschen, dass ihr – gerade vor dem Hintergrund der Verbundenheit normativer und positiver Aspekte der Ökonomik (vgl. Malecka 2021) – ebenfalls generell mehr Platz eingeräumt wird. Dies ist auch insofern von Bedeutung, als wirtschaftliche Problemstellungen häufig viele unterschiedliche Wertvorstellungen gleichzeitig berühren. Nicht all diese Wertvorstellungen können in einer positiven Theorie gleichzeitig adressiert werden. Daher sind auch andere Theorien notwendig, die schwerpunktmäßig vor dem Hintergrund anderer Werturteile entstanden sind, und die möglicherweise als Korrektur wirken können. Diese Aspekte aufzuarbeiten, bedarf jedoch auch fundierter ethischer Analyse, die mit ideengeschichtlicher und wissenschaftstheoretischer Auseinandersetzung mit ökonomischen Theorien verbunden ist. Die Explikation und kritische Analyse von wissenschaftsexternen Werten und Normen, die implizit in ökonomischen Theorien enthalten sind, könnte so einen wichtigen Beitrag zur Ideologiekritik in der Ökonomik leisten. Wenn darin deutlich wird, dass damit gerade keine Ideologisierung, sondern eher Ideologieprävention verbunden ist, könnte dies ein wichtiges Argument für die Forderung nach mehr (wirtschafts-)ethischer Expertise an wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten bieten.

Auch die Verbindung positiver und normativer Ökonomik ist ein Feld, welches weiterer wissenschaftstheoretischer und ethischer Aufmerksamkeit bedarf: Analog zu den Prozessmodellen evidenzbasierter Medizin stellt sich die Frage, wie genau normative und positive Aspekte im Design ökonomischer Studien und in der Interpretation ihrer Ergebnisse fundiert abgewogen werden können. So wäre bspw. denkbar, dies stärker an der abwägenden Person oder an der Methodik der Abwägung festzumachen. Im ersteren Falle wäre eine tugendethische Konzeption

1 Vgl. <https://www.equator-network.org/> (zuletzt abgerufen am 27.01.2022).

möglich, die angewandte Ökonomik analog zur Art of Economics als etwas ausarbeitet, was erlernbar ist, und was bspw. einen angemessenen Umgang mit der Komplexität ökonomischer Entscheidungen verbindet mit einem gereiften ›inneren Kompass‹, der den Blick für relevante normative Fragen positiver Analyse schärft. Im zweiten Falle wäre eine kohärentistische Methodik in Anlehnung an John Rawls (vgl. Rawls 1971) oder Tom Lamar Beauchamp und James F. Childress (vgl. Beauchamp et al. 2013) denkbar, die Ablaufschritte und Orientierungspunkte für eine ethisch und wissenschaftstheoretisch reflektierte Abwägung entwickelt.

Für den Transfer zwischen Wissenschaft und Praxis würde dies einerseits (in Bezug auf die Richtung von der Wissenschaft in die Praxis) bedeuten, dass Formate wie ›Policy Briefs‹, also gut lesbare Aufbereitungen wissenschaftlicher Evidenz für Entscheidungsträger*innen, an Bedeutung gewinnen. Andererseits (in Bezug auf die Richtung von der Praxis in die Wissenschaft) würde die Reflexion von Erwägungen, die aus den diversen Facetten von Problemen der Praxis entspringen, in der Diskussion und Interpretation wissenschaftlicher Ergebnisse einen höheren Stellenwert bekommen.

Für die Praxis des (wirtschafts-)politischen Diskurses wäre zu hoffen, dass eine solche Evidenzbasierung dazu führt, unversöhnliche ideologische Positionierungen aufzulösen, die mit derartig selektiven Wahrnehmungen von ökonomischen Phänomenen einhergehen: Anstelle eines rhetorischen Schlagabtausches verschiedener Lager, die einander mit Zuschreibungen wie ›neoliberal‹ oder ›kapitalistisch‹ bzw. ›innovationsfeindlich‹ oder ›sozialistisch‹ abzuwerten bestrebt sind, könnte ein konstruktiver Diskurs darüber entstehen, wie tragfähig die Evidenz für den einen oder anderen politischen Gestaltungsvorschlag ist, und inwiefern die damit verbundenen Ideale guten Wirtschaftens kongruent mit dem adressierten Problem und dessen Kontext sind.

Und für die Praxis der Gestaltung wirtschaftlicher Organisationen und Abläufe sowie ihrer Rahmenbedingungen wäre zu hoffen, dass dies ein reichhaltigeres, problemadäquateres, und empirisch tragfähigeres Spektrum an Problemlösungen zur Verfügung stellt, als eine scheinbar monolithische Ökonomik, die ohne kritische normative Reflexion und evidenzbasierten Vergleich von Theorien und Handlungsstrategien Gestaltungsvorschläge macht.

Die Gesundheitsökonomik kann hierfür möglicherweise als Beispiel dienen (nicht ohne weiteres Verbesserungspotenzial). Sie konnte traditionell ethischen Forderungen sowie rechtlichen und politischen Vorgaben weniger ausweichen als andere Bereiche der Wirtschaftswissenschaften (vgl. z. B. Lübke 2010; Rogowski et al. 2009). Infolge dessen greifen sowohl die Theorieentwicklung (vgl. z. B. Brouwer et al. 2008) als auch die Entwicklung empirischer Methoden (vgl. z. B. Briggs et al. 2011) bereits intensiver unterschiedliche Ideale guten Umgangs mit knappen Ressourcen auf.

5. Fazit

Verständnis für Ideale guten Wirtschaftens ist wichtig – sowohl als Orientierung für positive ökonomische Forschung als auch zur korrekten Interpretation ihrer Ergebnisse. Geht die kritische Reflexion über diese Ideale verloren, entsteht die Gefahr ideologischer Ökonomik – eine verzerrend einseitige Analyse ökonomischer Probleme, die ein ökonomisches Theoriegebäude oder generische Lösungsvorschläge auch dort anwendet, wo die normativen Hintergründe des Problems andere theoretische Zugänge zur Ermittlung »guter« Lösungen erfordern würden und die dabei Gefahr läuft, die Offenheit für ihr widersprechende Evidenz und Argumente zu verlieren.

Diese Arbeit illustrierte anhand der ökonomischen Analyse im Gesundheitswesen, dass eine Reihe ausdifferenzierter ökonomischer Forschungsprogramme vorliegen, die sich teilweise aus unterschiedlichen und einander ergänzenden Idealen guten Wirtschaftens speisen. Um ideologische Ökonomik zu vermeiden, sollte die explizite Auswahl ökonomischer Theorien vor dem Hintergrund der adressierten Probleme einen größeren Stellenwert in ökonomischer Forschung, Lehre und Praxis genießen. Die bereits bei John Neville Keynes zu findende Trias von positiver, normativer und angewandter Ökonomik bzw. das in gesundheitswissenschaftlichen Zusammenhängen weit verbreitete und anerkannte Konzept der Evidenzbasiierung kann dafür einen hilfreichen Rahmen bieten.

Acknowledgments

Ich danke Laura Birg, Wolfram Elsner, Michaela Haase, Kevin Helms, Johannes Hirata, Mattis Keil, Tobias Kronenberg, Verena Rauen, Sebastian Schleidgen, Jan Voßwinkel und drei anonymen Gutachter*innen für wertvolle Anmerkungen zu früheren Versionen dieses Papiers. Verbleibende Fehler sind selbstverständlich meine eigenen.

Literaturverzeichnis

- Beauchamp, T. L./Childress, J. F.* (2013): Principles of Biomedical Ethics, New York Oxford: Oxford University Press.
- Bell, D.* (2020): Communitarianism, in E.N. Zalta (Ed.): The Stanford Encyclopedia of Philosophy, Stanford: Metaphysics Research Lab, Stanford University.
- Berlin, I.* (2006): Freiheit vier Versuche, Frankfurt/Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag.
- Bevan, G./Robinson, R.* (2005): The Interplay Between Economic and Political Logics. Path Dependency in Health Care in England, in: Journal of Health Politics, Policy and Law, Vol. 30/No. 1–2, 53–78.
- Boadway, R./Bruce, N.* (1984): Welfare Economics, Oxford: Blackwell.
- Booth-Clibborn, N./Packer, C./Stevens, A.* (2000): Health Technology Diffusion Rates. Statins, Coronary Stents, and MRI in England, in: International Journal of Technology Assessment in: Health Care, Vol. 16/No. 3, 781–786.
- Brazier, J./Ratcliffe, J./Salomon, J.A./Tsuchiya, A.* (2017): Measuring and Valuing Health Benefits for Economic Evaluation, New York Oxford: Oxford University Press.

- Brennan, G./Buchanan, J. M.* (1985): *The Reason of Rules*. Constitutional Political Economy, Cambridge: Cambridge University Press.
- Breyer, F./Zweifel, P./Kifmann, M.* (2013): *Gesundheitsökonomik*. Springer-Lehrbuch, Berlin, Heidelberg: Springer.
- Briggs, A./Claxton, K./Sculpher, M.* (2011): *Decision Modelling for Health Economic Evaluation*, Oxford: Oxford University Press.
- Brodocz, A./Schaal, G. S.* (2016): *Politische Theorien der Gegenwart*. Eine Einführung, Stuttgart: UTB GmbH.
- Brouwer, W. B./Culyer, A. J./Van Exel, N. J./Rutten, F. F.* (2008): Welfarism vs. Extra-Welfarism, in: *Journal of Health Economics*, Vol. 27/No. 2, 325–338.
- Brühl, R.* (2015): *Wie Wissenschaft Wissen schafft*. Wissenschaftstheorie für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, München: UVK Verlag.
- Buchanan, J.* (2003): *Public Choice*. The Origins and Development of a Research Program, Link: <http://www.gmu.edu/centers/publicchoice/pdf%20links/Booklet.pdf> (last access on December 31th, 2012).
- Cerda, A. A./Garcia, L. Y.* (2021): Willingness to Pay for a COVID-19 Vaccine, in: *Applied Health Economics and Health Policy*, Vol. 19/No. 3, 343–351.
- Claxton, K.* (1999): The Irrelevance of Inference. A Decision-Making Approach to the Stochastic Evaluation of Health Care Technologies, in: *Journal of Health Economics*, Vol. 18/No. 3, 341–364.
- Claxton, K./Martin, S./Soares, M./Rice, N./Spackman, E./Hinde, S. et al.* (2015): Methods for the Estimation of the National Institute for Health and Care Excellence Cost-Effectiveness Threshold, in: *Health Technology Assessment*, Vol. 19/No. 14, 1–503, v–vi.
- Colander, D.* (1992): Retrospectives. The Lost Art of Economics, in: *Journal of Economic Perspectives*, Vol. 6/No. 3, 191–198.
- Colander, D.* (2000): *The Complexity Vision and the Teaching of Economics*, Cheltenham: Edward Elgar Publishing.
- Consoli, D./Mina, A.* (2009): An Evolutionary Perspective on Health Innovation Systems, in: *Journal of Evolutionary Economics*, Vol. 19/No. 2, 297–319.
- Cookson, R.* (2005): QALYs and the Capability Approach, in: *Health Economics*, Vol. 14/No. 8, 817–829.
- Cookson, R./Mirelman, A. J./Griffin, S./Asaria, M./Dawkins, B./Norheim, O. F., et al.* (2017): Using Cost-Effectiveness Analysis to Address Health Equity Concerns, in: *Value Health*, Vol. 20/No. 2, 206–212.
- Cudd, A./Eftekhari, S.* (2017): Contractarianism. Link: <https://plato.stanford.edu/entries/contractarianism/> (last access on January 28th, 2022).
- Culyer, A.* (2006): NICE's Use of Cost Effectiveness as an Exemplar of a Deliberative Process, in: *Health Economics, Policy and Law*, Vol. 1/No. 3, 299–318.
- Culyer, A./McCabe, C./Briggs, A./Claxton, K./Buxton, M./Akehurst, R. et al.* (2007): Searching for a Threshold, Not Setting One. The Role of the National Institute for Health and Clinical Excellence, in: *Journal of Health Services Research Policy*, Vol. 12/No. 1, 56–58.
- Daly, H.E.* (1990): Toward Some Operational Principles of Sustainable Development, in: *Ecological Economics*, Vol. 2/No. 1, 1–6.
- Dangerfield, B.* (2020): *System Dynamics*. Theory and Applications, New York: Springer Science+Business Media, LLC.
- Davahli, M. R./Karwowski, W./Taiar, R.* (2020): A System Dynamics Simulation Applied to Healthcare. A Systematic Review, in: *International Journal of Environmental Research and Public Health*, Vol. 17/No. 16.
- Demsetz, H.* (1967): Toward a Theory of Property Rights, in: *American Economic Review*, Vol. 57/No. 2, 347–359.
- Dervis, K./Klugman, J.* (2011): Measuring Human Progress. The Contribution of the Human Development Index and Related Indices, in: *Revue d'Economie Politique*, Vol. 121/No. 1, 73–92.

- Deutschland Bundesministerium für Arbeit und Soziales* (2015): Übersicht über das Sozialrecht, Nürnberg: BW.
- Drummond, M.F.* (2007): *Methods for the Economic Evaluation of Health Care Programmes*, Oxford: Oxford University Press.
- Egan-Krieger, T. v.* (2014): *Die Illusion wertfreier Ökonomie eine Untersuchung der Normativität heterodoxer Theorien*, Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag.
- Elsner, W.* (2013): State and Future of the ›Citadel‹ and of the Heterodoxies in Economics. Challenges and Dangers, Convergences and Cooperation, in: *European Journal of Economics and Economic Policies: Intervention*, Vol. 10/No. 3, 286–298.
- Elsner, W.* (2017): Complexity Economics as Heterodoxy. Theory and Policy, in: *Journal of Economic Issues*, Vol. 51/No. 4, 939–978.
- Elsner, W.* (2018): Klassische Institutionenökonomik, in: *List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik*, Jg. 44/H. 4, 789–825.
- FitzPatrick, W.* (2021): Morality and Evolutionary Biology. Link: <https://plato.stanford.edu/entries/morality-biology/> (last access on January 28th, 2022).
- Fleuren, M./Wiefferink, K./Paulussen, T.* (2004): Determinants of Innovation Within Health Care Organizations. Literature Review and Delphi Study, in: *International Journal for Quality in Health Care*, Vol. 16/No. 2, 107–123.
- Flores, G./Krishnakumar, J./O'Donnell, O./an Doorslaer, E.* (2008): Coping with Health-Care Costs. Implications for the Measurement of Catastrophic Expenditures and Poverty, in: *Health Econ*, Vol. 17/No. 12, 1393–1412.
- Folland, S./Goodman, A. C./Stano, M.* (2013): *The Economics of Health and Health Care*, Boston, Mass: Pearson.
- Frey, B. S.* (2017): *Wirtschaftswissenschaftliche Glücksforschung kompakt – verständlich – anwendungsorientiert*, Wiesbaden: Springer Gabler.
- Friedman, M.* (1953): *The Methodology of Positive Economics*. In: *Essays in Positive Economics*, Chicago: University of Chicago Press.
- Friedman, M.* (1970): The Social Responsibility of Business Is to Increase Its Profits, in: *New York Times Magazine*, 122–126.
- Gorke, M.* (2018): *Eigenwert der Natur ethische Begründung und Konsequenzen*, Stuttgart: S. Hirzel Verlag.
- Grosse, S.D.* (2008): Assessing Cost-Effectiveness in Healthcare. History of the \$50,000 per QALY Threshold, in: *Expert Review of Pharmacoeconomics & Outcomes Research*, Vol. 8/No. 2, 165–178.
- Hahn, S.* (2017): *Rationalität. Eine Kartierung*, Münster: Mentis.
- Hamilton, W. H.* (1919): The Institutional Approach to Economic Theory, in: *American Economic Review*, Vol. 9/No. 1, 309–318.
- Hands, D. W.* (2012): *The Positive-Normative Dichotomy and Economics*, Amsterdam: Elsevier.
- Harapan, H./Wagner, A. L./Yufika, A./Winardi, W./Anwar, S./Gan, A. K. et al.* (2020): Willingness-to-Pay for a COVID-19 Vaccine and Its Associated Determinants in Indonesia, in: *Human Vaccines & Immunotherapeutics*, Vol. 16/No. 12, 3074–3080.
- Heise, A.* (2021): *Ideologie, Werturteilsfreiheit und Pluralismus in den Wirtschaftswissenschaften*, Marburg: Metropolis Verlag.
- Hicks, J.* (1939): The Foundation of Welfare Economics, in: *Economic Journal*, Vol. 49/No. 196, 696–712.
- Hill, R./Myatt, A.* (2010): *The Economics Anti-Textbook. A Critical Thinker's Guide to Microeconomics*, London/New York: Fernwood Publishing.
- Hodgson, G. M.* (2019): *Evolutionary Economics. Its Nature and Future*, Cambridge, New York, Melbourne, New Delhi: Cambridge University Press.
- Homann, K./Suchanek, A.* (2005): *Ökonomik eine Einführung*, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Horton, R./Beaglehole, R./Bonita, R./Raeburn, J./McKee, M./Wall, S.* (2014): From Public to Planetary Health. A Manifesto, in: *Lancet*, Vol. 383/No. 9920, 847.

- Huntington-Klein, N./Arenas, A./Beam, E./Bertoni, M./Bloem, J. R./Burli, P. et al. (2021): The Influence of Hidden Researcher Decisions in Applied Microeconomics, in: *Economic Inquiry*, Vol. 59/No. 3, 944–960.
- Hurley, J. (2000): An Overview of the Normative Economics of the Health Sector, in: Culyer, A./Newhouse, J. P. (Eds.): *Handbook of Health Economics*, Amsterdam: Elsevier Science B.V.
- Husereau, D./Drummond, M./Petrou, S./Carswell, C./Mober, D./Greenberg, D. et al. (2013): Consolidated Health Economic Evaluation Reporting Standards (CHEERS) Statement, in: *Value Health*, Vol. 16/No. 2, e1–5.
- Jehle, G. A./Reny, P. J. (2011): *Advanced Microeconomic Theory*, Harlow: Financial Times.
- Jensen, M. C./Meckling, W. H. (1976): Theory of the Firm. Managerial Behavior, Agency Costs and Ownership Structure, in: *Journal of Financial Economics*, Vol. 3/No. 4, 305–360.
- Kahneman, D./Tversky, A. (1979): Prospect Theory. An Analysis of Decision Under Risk, in: *Econometrica*, Vol. 47/No. 2, 263–291.
- Kahnemann, D./Krueger, A. B./Schkade, D./Schwarz, N./Stone, A. (2004): Toward National Well-Being Accounts, in: *American Economic Review*, Vol. 94/No. 2, 429–434.
- Kahneman, D./Tversky, A. (2009): *Choices, Values, and Frames*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Kaiser, R./Prange, H. (2004): The Reconfiguration of National Innovation Systems. The Example of German Biotechnology, in: *Research Policy*, Vol. 33/No. 3, 395–408.
- Kaldor, N. (1939): Welfare Propositions and Interpersonal Comparisons of Utility, in: *Economic Journal*, Vol. 49/No. 195, 549–552.
- Keynes, J. N. (1999): *The Scope and Method of Political Economy*, Kitchener, Ont: Batoche.
- Kopetsch, T./Rauscher, M. (2006): Zur Einkommenselastizität der Nachfrage nach Gesundheitsleistungen. Eine Analyse von Querschnittsdaten, in: *Schmollers Jahrbuch. Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften/Journal of Applied Social Science Studies*, Jg. 126/H. 1, 59–81.
- Kuga, K./Tanimoto, J./Jusup, M. (2019): To Vaccinate or Not to Vaccinate. A Comprehensive Study of Vaccination-Subsidizing Policies with Multi-Agent Simulations and Mean-Field Modeling, in: *Journal of Theoretical Biology*, Vol. 469, 107–126.
- Küppers, U. (2019): *Eine transdisziplinäre Einführung in die Welt der Kybernetik. Grundlagen, Modelle, Theorien und Praxisbeispiele*, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Lakatos, I. (1978): *The Methodology of Scientific Research Programmes*, Cambridge, New York: Cambridge University Press.
- Laux, H./Gillenkirch, R. M./Schenk-Mathes, H. Y. (2014): *Entscheidungstheorie*, Berlin: Springer Gabler.
- Liberati, A./Altman, D. G./Tetzlaff, J./Mulrow, C./Gotzsche, P. C./Ioannidis, J. P. et al. (2009): The PRISMA Statement for Reporting Systematic Reviews and Meta-Analyses of Studies that Evaluate Healthcare Interventions. Explanation and Elaboration. *Bmj*, 339, b2700.
- Lin, D./Hanscom, L./Murthy, A./Galli, A./Evans, M./Neill, E. et al. (2018): Ecological Footprint Accounting for Countries. Updates and Results of the National Footprint Accounts, in: *Resources-Basel*, Vol. 7/No. 3, 2012–2018.
- Lorgelly, P. K. (2015): Choice of Outcome Measure in an Economic Evaluation. A Potential Role for the Capability Approach, in: *Pharmacoeconomics*, Vol. 33/No. 8, 849–855.
- Loversidge, J. M./Zurmehly, J. (2019): *Evidence-Informed Health Policy*, Indianapolis, IN: Sigma.
- Lübbe, W. (2010): Should IQWiG Revise its Methods of Cost-Effectiveness Analysis in Order to Comply with More Widely Accepted Health Economical Evaluation Standards?, in: *Deutsche Medizinische Wochenschrift*, Jg. 135/H. 12, 582–585.
- Lübbe, W. (2015): *Nonaggregationismus Grundlagen der Allokationsethik*, Münster: Mentis Verlag GmbH.

- MacIntosh, E.* (2010): Applied Methods of Cost-Benefit Analysis in Health Care, Oxford: Oxford University Press.
- Malecka, M.* (2021): Values in Economics. A Recent Revival with a Twist, in: Journal of Economic Methodology, Vol. 28/No. 1, 88–97.
- Matiaske, W./Nienbüser, W.* (2021): Ökonomie und Ideologie, Marburg: Metropolis Verlag.
- McCabe, C./Claxton, K./Culyer, A. J.* (2008): The NICE Cost-Effectiveness Threshold. What It Is and What that Means, in: Pharmacoeconomics, Vol. 26/No. 9, 733–744.
- McIntyre, D./Thiede, M./Dahlgren, G./Whitehead, M.* (2006): What Are the Economic Consequences for Households of Illness and of Paying for Health Care in Low- and Middle-Income Country Contexts?, in: Social Science & Medicine, Vol. 62/No. 4, 858–865.
- Meadows, D. H./Meadows, D. L./Randers, J./Club of Rome* (1972): The Limits to Growth. A Report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind, New York: Universe Books.
- Moher, D./Liberati, A./Tetzlaff, J./Altman, D. G.* (2009): Preferred Reporting Items for Systematic Reviews and Meta-Analyses. The PRISMA statement, *Bmj*, 339, b2535.
- Mooney, G./Tinghög, G./Kalkan, A.* (2012): The Need for a New Paradigm in Scandinavian Health Economics, in: Nordic Journal of Health Economics, Vol. 1/No. 2, 119–133.
- Nelson, R. R./Dosi, G./Helfat, C. E./Pyka, A./Winter, S. G./Saviotti, P. P. et al.* (2018): Modern Evolutionary Economics. An Overview, Cambridge, United Kingdom: Cambridge University Press.
- Neumann, R.* (2013): Libertärer Paternalismus Theorie und Empirie staatlicher Entscheidungsarchitektur. Untersuchungen zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik, Tübingen: Mohr Siebeck.
- North, D. C.* (1991): Institutions, in: Journal of Economic Perspectives, Vol. 5/No. 1, 97–112.
- North, D. C.* (1992): Transaction Costs, Institutions, and Economic Performance, San Francisco, California: ICS Press.
- Oh, E. H./Imanaka, Y./Evans, E.* (2005): Determinants of the Diffusion of Computed Tomography and Magnetic Resonance Imaging, in: International Journal of Technology Assessment in Health Care, Vol. 21/No. 1, 73–80.
- Palmer, G.* (2018): A Biophysical Perspective of IPCC Integrated Energy Modelling, in: Energies, Vol. 11/No. 4, 839.
- Persad, G./Wertheimer, A./Emanuel, E. J.* (2009): Principles for Allocation of Scarce Medical Interventions, in: *Lancet*, Vol. 373/No. 9661, 423–431.
- Picot, A./Dietl, H./Franck, E.* (2008): Organisation. Eine ökonomische Perspektive, Stuttgart: Schäffer-Poeschel.
- Precht, P./Burkard, F.-P.* (2008): Metzler Lexikon Philosophie Begriffe und Definitionen. Link: <https://www.spektrum.de/lexikon/philosophie/normativ/1443> (zuletzt abgerufen am 09.05.2021).
- Qin, W./Wang, E./Ni, Z.* (2021): Chinese Consumers' Willingness to Get a COVID-19 Vaccine and Willingness to Pay for it, in: Public Library of Science One, Vol. 16/No. 5.
- Rachels, J.* (1990): Created from Animals the Moral Implications of Darwinism, Oxford: Oxford University Press.
- Rawls, J.* (1971): A Theory of Justice. Cambridge, Massachusetts: Belknap Press of Harvard University Press.
- Rees, W. E./Wackernagel, M.* (1994): Ecological Footprints and Appropriated Carrying-Capacity. Measuring the Natural Capital Requirements of the Human Economy. Investing in Natural Capital, 362–391.
- Robbins, L.* (1932): An Essay on the Nature & Significance of Economic Science, London: Macmillan.
- Rogowski, W. H./Landauer, M./John, J.* (2009): Entscheidungsanalytische Modellierung von Kosten pro QALY im Kontext des deutschen Sozialrechts, in: Gesundheitswesen, Jg. 71/H. 11, 739–750.

- Rogowski, W. H./Schleiden, S. (2015): Using Needs-Based Frameworks for Evaluating New Technologies. An Application to Genetic Tests, in: *Health Policy*, Vol. 119/No. 2, 147–155.
- Rogowski, W. (2016): *Business Planning im Gesundheitswesen. Die Bewertung neuer Gesundheitsleistungen aus unternehmerischer Perspektive*, Wiesbaden: Springer Gabler.
- Rogowski, W. H. (2018): Evaluation as Institution. A Contractarian Argument for Needs-Based Economic Evaluation, in: *BMC Medical Ethics*, Vol. 19/No. 1, 59.
- Rogowski, W./Lange, O. (2020): The Prisoner's Dilemma. An Adequate Concept for Ethical Analysis in Healthcare? A Systematic Search and Critical Review, in: *Journal of Business Ethics*.
- Rogowski, W. H./Elsner, W. (2021): How Economics Can Help Mitigate Climate Change. A Critical Review and Conceptual Analysis, in: *Bremen Papers on Economics & Innovation*.
- Sachs, J./World Health Organization Commission on Macroeconomics and Health (2001): *Macroeconomics and Health. Investing in Health for Economic Development*, Report of the Commission on Macroeconomics and Health, Geneva: World Health Organization.
- Schmacke, N. (2012): Evidenzbasierte Medizin und Gesundheitspolitik, in: Schwartz, F. W./Walter, U./Siegrist, J./Kolip, P./Leidl, R./Dierks, M.- L./Busse, R./Schneider N. (Hrsg.): *Public Health. Gesundheit und Gesundheitswesen*, München: Elsevier.
- Schmidt, C. M. (2014): Wirkungstreffer erzielen. Die Rolle der evidenzbasierten Politikberatung in einer aufgeklärten Gesellschaft, in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, Jg. 15/H. 3, 219–233.
- Schumpeter, J. A. (1954): *History of Economic Analysis*, London: Allen & Unwin.
- Schurz, G. (2014): *Einführung in die Wissenschaftstheorie*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Sen, A. (1999): The Possibility of Social Choice, in: *The American Economic Review*, Vol. 89/No. 3, 349–378.
- Sherwood, J./Carbajales-Dale, M./Haney, B. R. (2020): Putting the Biophysical (Back) in Economics. A Taxonomic Review of Modeling the Earth-Bound Economy, in: *Biophysical Economics and Sustainability*, Vol. 5/No. 4.
- Simon, M. (2013): *Das Gesundheitssystem in Deutschland. Eine Einführung in Struktur und Funktionsweise*, Bern: Huber.
- Thaler, R. H. (2016): Behavioral Economics. Past, Present, and Future, in: *American Economic Review*, Vol. 106/No. 7, 1577–1600.
- Trautnitz, G. (2008): Normative Grundlagen der Wirtschaftsethik. Ein Beitrag zur Bestimmung ihres Ausgangsparadigmas, in: *Volkswirtschaftliche Schriften 554*, Berlin: Duncker & Humblot.
- Vossenkuhl, W. (2017): *Normativ/deskriptiv. Historisches Wörterbuch der Philosophie online*, Basel: Schwabe Verlag.
- Whitmee, S./Haines, A./Beyrer, C./Boltz, F./Capon, A. G./de Souza Dias, B. F. et al. (2015): Safeguarding Human Health in the Anthropocene Epoch. Report of The Rockefeller Foundation-Lancet Commission on Planetary Health, in: *Lancet*, Vol. 386/No. 10007, 1973–2028.
- Williamson, O. E. (1981): The Economics of Organization. The Transaction Cost Approach, in: *American Journal of Sociology*, Vol. 87/No. 3, 548–577.
- Winckelmann, J. (1968 [1922]): *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre von Max Weber*, Tübingen: Mohr.
- Xu, K./Evans, D. B./Carrin, G./Aguilar-Rivera, A. M./Musgrove, P./Evans, T. (2007): Protecting Households from Catastrophic Health Spending, in: *Health Affairs*, Vol. 26/No. 4, 972–983.
- Yamamori, T. (2020): The Intersubjective Ontology of Need in Carl Menger, in: *Cambridge Journal of Economics*, Vol. 44/No. 5, 1093–1113.